

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher Amt C 5709 Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt:

Rückblende auf das Jahr 1911. — Vom Wert der Statistik. — Neu-
regelung der Lohnverhältnisse in Schöneberg. — Die gesicherte
Eristenz städtischer Arbeiter in Barmen. — Notizen für Gasarbeiter.
— Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus den Stadtparla-
menten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerks-
schaften. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene
Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes. — Anzeigenteil.
Beigefügt: Das Geleß der Trägheit.

Rückblende auf das Jahr 1911.

I. Allgemeines und Politisches.

Die Arbeiterschaft kann nur mit recht gemischten Ge-
fühlen die Vorgänge des verflochtenen Jahres in den Kreis
ihrer Betrachtungen ziehen. Wohl ist die Wirtschafts-
konjunktur ohne Zweifel bis Ende des Jahres noch
immer glimpflich — soweit wir den Mahitab der letzten
Jahre anlegen. Aber auf 100 offene Stellen kamen doch im
Januar 110, im Juni 110, im November gar 152 Arbeit-
suchende. Und auch den Arbeitenden wurde das Leben
gewiß nicht leicht gemacht, ob wir nun die erschreckend um sich
greifende weitere Vertenerung aller Lebensmittel und
Bedarfsartikel, die drohende Kriegsgefahr oder die
mehrfach versuchte Arbeiterentrechtung ins Auge
fassen.

Vornehmlich waren es wohl die politischen Vor-
gänge, die von Anbeginn das lebhafteste Interesse auslösten,
da doch die Reichstagswahlen in bedenkliche Nähe
rückten. So stand denn auch der Moabiter Prozeß
vorerst unter dem sichtbaren Zeichen, als „nationale“ Wahl-
parole zu dienen, und die Schlechtigkeit der sozialdemokra-
tischen Arbeiterschaft sollte darin erhärtet werden. Aber es
kam ganz, ganz anders. Der Prozeß (begonnen im Herbst
1910) wuchs sich Anfang 1911 zu einem völligen Zusammen-
bruch des heutigen Polizeisystems aus. Die „Siebenmonats-
Fünder“ bleiben für alle Zeiten die Wahrzeichen von Moabit
und die Arbeiterschaft denkt heute nur noch mit stillem Nacheln
an die Moabiterei, die so manchem „treuen Bürger“ erkennen
lehrt, was es heißt unter preussischer Polizeifuchtel zu stehen.

Auch der Reichstag war wie immer kurz vor Vore-
schluß recht „produktiv“. Schade nur, daß die große Mehr-
zahl der Geiete sich als Wfscharbeit allerschlimmster
Sorte kennzeichnet. Wir haben darüber in jedem Einzelfalle
berichtet, so daß sich hier eine Aufzählung der Wunderthaten
unierer bisherigen reaktionären Geistesmashinerie erübrigt.

In alledem kam noch der düre Sommer mit seiner be-
sonderen Fenerung, veritärt durch unsere famole
Poll- und Absperropolitik, die den lebhaftesten Un-
willen Hunderttausender von Staatsbürgern zur Folge hatte.
In zahlreichen Protesversammlungen kam diese Typositions-

stimmung denn auch zum elementaren Ausdruck, und die
„Regierenden“ versuchten in ihrer geradezu unheimlichen
Unfähigkeit, die Kommunen zur Einführung billigerer
Lebensmittel in eigener Regie zu bestimmen. Die Ge-
meinden aber — das kennen ja unsere Kollegen zur Genüge
— brauchten Monate vor lauter Erwägungen und Bedenken,
bis sie dann zu den weitererschütternden Beschlüssen kamen,
kommunale Fisch- und Kartoffelverkäufe einzu-
richten, die übrigens am Ende des Jahres fast alle in der
Stille sanft entschlaifen sind.

Ganz bedenklich spitzte sich im Sommer 1911 die
Marokkoaffäre zu, und es fehlte nicht viel, so wäre es
zu hellem Kriegshand gekommen, wobei wiederum die
Arbeiterklasse die Kosten in jeglicher Beziehung getragen
hätte. Erfreulicherweise hat aber nicht nur die deutsche,
sondern auch die französische und englische Arbeiterschaft ener-
gisch gegen solche kriegsverbeugung Stellung genommen. Ja,
es ist nicht zuviel gesagt, wenn die Sozialdemokratie als die
einzig zuverlässige Partei des Friedens bezeichnet werden muß.
In dem glanzvollen Verlauf des Jenaer Parteitag
kam das besonders im Marokkoreferat Bebels zum markigen
Ausdruck.

Wenn es nun auch nicht gelungen ist, den Entrechtungen
nach der neuen Reichsversicherungsordnung erfolgreich zu be-
gegnen, das Hauptattentat auf das Koalitionsrecht
(unierer Kollegen im besondern) mußte von den Regierenden
auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Der Entwurf
zum Strafgesetzbuch wie auch die reaktionären Be-
stimmungen der Strafgesetzbuch fielen einjeweilen unter
den Tisch, wo sie hoffentlich liegen bleiben. Wenn unsere
Kollegen diese Zeitung in die Hand nehmen, hat sich schon das
Geschick vollendet, wie wir zuversichtlich hoffen, im Sinne
unierer Ziele und Wünsche! Alles hat ja dazu bei-
getragen, dem deutschen Michel die sträfliche politische Gleich-
gültigkeit auszutreiben. Unsere Feinde, die Scharfmacher,
haben im letzten Jahre besonders verdienstvolle Arbeit geleistet,
jeden aufrechten Arbeiter in die rote Phalanx zu treiben, und
wenn Großindustrielle und andere Unternehmer geglaubt
haben, für eine weitere Zeit „ibre“ Arbeiter bedepvern zu
können durch die Reichsverbandsstufelgeschichten, so ist jaft in
diesen Tagen durch Veröffentlichungen des „Vorwärts“ fest-
gestellt, daß das hergegebene Geld großenteils für vollge-
trunkene Industriemitter und deren „Edith“ verbraucht wurde.
Aber auch der Rest, soweit er in Gratisverteilung von Schriften
zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verpulvert worden ist,
dürfte seinen Zweck verfehlt haben, denn der denkende
Arbeiter gebraucht das Zeug höchstens für seine körperlichen
Bedürfnisse.

Wenn jemals, so hatte die politisch organisierte Arbeiter-
schaft alle Veranlassung, das von den Arbeiterfeinden massen-
haft gebotene Aufklärungsmaterial für die weitere Agitation
zu verwenden. Das ist denn auch im vollsten Maße geschehen,

und das Anwachsen der organisierten Sozialdemokraten auf 865 000, der Anlagenziffern aller sozialdemokratischen Blätter auf weit über eine Million gibt uns die sichere Gewähr, daß neben der Wablaagitation auch grundsätzliche und prinzipielle Aufklärung geleistet worden ist, die uns eine weit sicherere Gewähr weiteren Fortschritts bedeutet als der einmalige Wablaakt. Immerhin erhoffen wir von dieser Wablbewegung mehr als von den bisherigen, und das will bei dem glänzenden Aufstieg der Sozialdemokratie schon etwas bedeuten.

Das Fazit aus den politischen Vorgängen des Jahres 1911 läßt gewiß die Ansicht zu auf gewaltige Erstarkung aller vorwärts treibenden Kräfte im Deutschen Reich. Möge dem schwarz-blauen Ungetüm am 12. Januar der erste kräftige Schlag versetzt sein und möge den tief-schwarzen Brüdern in Bayern der nächste Watschen gelten. Denn es ist wahrlich hohe Zeit, daß sich das deutsche Volk von seinen Feingern befreit.

II. Gewerkschaftliches.

Erfreulicher als die wirtschaftliche und politische Bilanz haben sich Wirken und Wachstum der freien Gewerkschaften im verfloßenen Jahre angelassen. Ein frischer Zug geht durch die moderne deutsche Gewerkschaftsbewegung und mögen unter den Millionen Organisierten auch mancherlei wenig erfreuliche Anschauungen, Strömungen und Symptome zu verzeichnen sein, wir können unendlich alle nach einer Fassung sig werden, also — finden wir uns mit den anders gearteten Meinungen ab, soweit sie auf geradliniger Basis stehen. Soweit aber Mangel an Erkenntnis, Unverständigkeit und Egoismus uns zu schaffen machen, was bleibt da weiter zu tun, als Erziehungsarbeit zu leisten? In allen Zeiten hat es innerhalb der Gewerkschaften theoretische und faktische Differenzen gegeben, und wenn früher die Fragen lauteten: Zentral- oder Lokalorganisation? Arbeitslosenunterstützung oder Stammverein? Beamtenanstellung oder rein ehrenamtliche Tätigkeit? Tarifvertrag oder Nonjunkturvertrag? Sozialistische Erziehungsarbeit oder strikte Neutralität? so sind alle diese Antithesen durch die Entwicklung ausgereift und mehr oder minder im ersteren Sinne entschieden, soweit überhaupt ein Gegensatz vorhanden war. Heute stehen die ähnlich gearteten Probleme: Massen und Führer; Entscheidung über Streik und Lohnbewegung nur durch die zunächst Beteiligten oder durch die eventuell in Mitleidenschaft Gezogenen? Dürfen die „Anstalten“ endgültig die Tarifverhandlungen bzw. Lohnbewegungen auf zentraler reiwettive lokaler Basis abschließen oder sollen alle Mitglieder befragt werden? Ist eine größere Demokratie in den Gewerkschaften möglich oder können wir uns mit dem jetzigen Vertretungssystem dauernd abfinden?

Je leidenschaftsloser wir uns in diese und andere neue Gewerkschaftsprobleme vertieuen, um so schneller werden wir eine Klärung herbeiführen können, bis — wiederum neue Fragen und Schwierigkeiten an uns heran-treten. Eins aber möchten wir besonders hervorheben: Die Frage nach der besseren gewerkschaftlichen Durchbildung einer größeren Zahl von Mitgliedern. Hier liegt der Kernpunkt für viele Schwierigkeiten aus jüngster Zeit. So lange bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern einzig das „Gefühl“ die Stellungnahme diktiert und die Einsicht allenfalls hinterher anrückt (wenn womöglich der starren verfahren ist), werden wir auch so explosive Differenzen zwischen Leitung und Mitgliedern haben, wie jüngst bei den Tarifabstimmungen der Buchdrucker oder wiederholt bei den Metallarbeitern. Ob die Organisationen aber dauernd solche Explosionen ertragen können, ohne an Agitations- und Schlagkraft einzubüßen, erscheint mindestens zweifelhaft. Wenn also der auch auf dem

Dresdener Gewerkschaftstongreß von uns geäußerte Wunsch nach systematischer Schulung der gewerkschaftlichen Mitglieder nicht bald ernstlich in die Tat umgesetzt wird durch anders geartetes Vortragswesen, gewerkschaftliche Unterrichtskurse für Vertrauensmänner und Mitglieder, so dürfen wir uns nicht fürder betrogen über „Unverständnis der Mitglieder“, sondern sind mitschuldig, ja hauptsächlich daran!

Die äufere Entwicklung der Gewerkschaften im Jahre 1911 ist geradezu glänzend.

Nach dem „Correspondenzblatt“ betrug die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften in 49 von 51 Verbänden Ende des dritten Quartals 2378034 (1910 2128021). Der Zuwachs beträgt 301386 oder 14,65 Proz. Nach ungefährer Schätzung werden Ende 1911 2410000 Mitglieder in den freien Gewerkschaften organisiert sein. Diese Schätzung ist erfahrungsgemäß sehr vorsichtig und wir rechnen daher mit vollen 2½ Millionen. Am Jahre 1913 wäre also die dritte Mitglieder-million fällig. Beachtenswert ist noch folgende Auslassung des „Correspondenzblattes“:

„Einen großen Anteil an diesem Erfolg des abgelaufenen Jahres haben unsere großen Industrieverbände, die sich damit als werbetätigste Organisationen erwiesen haben. Der Deutsche Bauarbeiterverband verzeichnet eine Zunahme von 63650 Mitgliedern oder 25,9 Proz., der Deutsche Metallarbeiterverband eine solche von 68520 Mitgliedern oder 11,3 Proz., der Deutsche Transportarbeiterverband einen Zuwachs von 45281 oder 12 Prozent, der Fabrikarbeiterverband ein Mehr von 22069 oder 13,5 Proz., der Holzarbeiterverband ein Plus von 18117 oder 11,2 Proz. und der Textilarbeiterverband ein solches von 11650 oder 10,2 Proz. Diese sechs Industrieverbände vereinigten im 3. Quartal 1910: 61,2 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder und bis zum 3. Quartal 1911: 74,4 Proz. des gesamten Mitglieder-zuwachses. Indes darf nicht unerwähnt bleiben, daß auch eine Reihe anderer Verbände Zunahmen von mehr als 20 Proz. zu verzeichnen haben: so die Blumenarbeiter, Kleider-, Schmied-, Gefäß-, Gemeindegewerkschaften, Sandlungsgewerkschaften, Porzellanarbeiter, Steinmetzen und Stuhlmacher; auch auf sie entfällt ein gutes Teil des Erfolges vom Verlaßsjahre. Diese Entwicklung gibt uns die Bestätigung, daß die Verschmelzung der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden ein Fortschritt ist auf dem Wege zur Organisation der Massen der Arbeiterschaft. Besonders müssen die starken Mitgliederzunahmen der erst jüngst verschmolzenen Verbände der Bauarbeiter und der Transportarbeiter als ein erhebliches und ausdauerndes Symptom bezeichnet werden, das sicherlich in allen Gewerkschaftskreisen starke Beachtung verdient.“

Wir haben im Laufe des Jahres die wichtigeren Vorgänge im Gewerkschaftsleben eingehend behandelt, insbesondere auch den Dresdener Gewerkschaftstongreß. So erbitriert sich darauf zurückzukommen. Wünschen möchten wir noch, daß unserer Rubrik „Aus den deutschen Gewerkschaften“ erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werde, denn gerade dadurch wird der Blick erweitert, wenn man die anders oder üblich gearteten Organisations-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Arbeiterkategorien im Auge behält.

Es verbleibt uns für die nächste Nummer noch ein kurzer Rückblick auf die eigene Organisation. Soviel mag zum Abschluß über die Gesamtentwicklung der deutschen Arbeiterorganisationen noch gesagt sein:

Wir leben im Zeitalter der Organisation. Die Arbeiter rüsten um die Wette mit dem halsstarrigen Unternehmertum. Schritt um Schritt nur kann die wirtschaftliche, rechtliche und menschliche Besserstellung der Arbeiter erkämpft und erzwungen werden. Jeden brauchen wir dazu! Jeder Arbeiter hat aber auch die Pflicht, dem Ruf zur Organisation Folge zu leisten.

Daß wir im neuen Jahr mit frischen Kräften diese Erkenntnis auch in die dunkelsten Ecken tragen, sei unser aller Aufgabe.

Vom Wert der Statistik.

Die kritische Beleuchtung aller im Leben an uns heran tretenden Fragen gebietet eine äußerst eingehende Untersuchung. Sie zwingt gleichzeitig den Beurteiler, alle mit der Materie in Verbindung stehenden Begleiterscheinungen in seinen Gesichtskreis zu rücken. Ob es sich dabei um allgemeine wirtschaftliche Erforschungen handelt oder eine plötzlich auftauchende Nebenerscheinung zur Untersuchung zwingt, die genaue Ergründung des Gegenstandes ist unerlässlich. Diese muß aber so erfolgen, daß die gewonnenen Auffassungen auch bei jeder Nachprüfung standhalten. Es ist eben nichts mit der lapidaren Behauptung, daß es so und so sei, getan, sondern der Beurteilende verlangt eine Beweisführung des Behaupteten, und zwar eine überzeugende.

In diesem Bestreben würde der Kritiker der gestellten Aufgabe oft entrückt sein, wenn es nicht viele Hilfsmittel gäbe, um das Angeführte zu ermöglichen. Als eine Hauptquelle für Beweismittel tritt dabei die Statistik in die Erscheinung. Die Kreuz- und Querschnitte vieler auf Grund systematischer Erhebungen gewonnenen Zahlen, die einen bestimmt umschriebenen Gegenstand behandeln, ist in erster Linie zur Prüfung desselben angetan. Es kann sich hierbei natürlich nur um solche, durch einwandfreie Untersuchungen gewonnenen Resultate handeln. Falsche Statistiken lassen selbstredend auch eine falsche Schlussfolgerung zu und können nicht als authentisches Beweismaterial dienen. Leider nur zu oft muß auch das letztere dem statistischen Material der Behörden gegenüber gesagt werden, selbst wenn unbestimmt dessen eine Beweisführung auf Grund der gewonnenen Resultate zu verzeichnen ist.

Wenn nun auch keineswegs jedes durch statistische Erhebungen gewonnene Endergebnis ein Evangelium ist, so läßt sich doch das durch die endlosen Zahlenreihen gewonnene Material nicht ohne weiteres beiseite rücken, sondern dient als Beweiskraft für aufgeschulte Behauptungen. Und so sehen wir denn, daß bei allen Phasen der Erforschung bestimmter Gebiete in erster Linie die Statistik die Einblidsmöglichkeit und Verteilung des in das Bereich der Untersuchung gezogenen Gegenstandes bietet. Die Wissenschaft ohne Statistik als auch umgekehrt würde im Forschungsdrang um ein erhebliches reduziert werden, wenn nicht auf Grund des statistischen Materials die eingehende Beleuchtung ermöglicht wäre.

Zahlen selbst sind bekanntlich tote Gebilde. Auch den Zahlen der Statistik, selbst der umfangreichsten, haftet daselbe an. Und wenn nicht der Wissenschaftler den Zahlen den Lebensodem einhaucht und die ihnen innewohnenden Wahrheiten der Allgemeinheit nutzbar macht, sind sie sogar uns absolut nicht interessierende Erscheinungen. An äußerst hohem Wert gewinnen sie jedoch, wenn die ihnen eigene Macht zur vollen Entfaltung gelangt und das durch sie gewonnene Bild der Deutlichkeit fundiert wird, um im Interesse der Wissenschaft Verwertung zu finden. Die verborgenen Winkel des Volkslebens sind einzig und allein auffindbar, das soziale Glied der breiten Masse der Bevölkerung ist nur erkennbar, wenn uns in hilfreicher Weise die Statistik zur Hand geht und die unumgängliche Beweisführung für das von uns Behauptete liefert.

Sind auch keineswegs die bislang auf dem Allgemeingebiete der Statistik von den Behörden unternommenen Erforschungen als hinreichend anzuerkennen, so muß doch gesagt werden, daß immerhin die langsam sich kennzeichnende Vermehrung der einzelnen Phasen der Sozialstatistik dem von uns gewünschten Ziele zuneigt. Tagelang liegt es aber im Interesse der gesamten Bevölkerung, allen statistischen Erhebungen ein größeres Augenmerk zu schenken, als es bislang der Fall war. Gewiß ist es nicht jedermanns Sache, in trockene Zahlen sich zu vertiefen, aber eingedenk dessen, daß gerade diese Zahlenreihen berufen sind, in eingehender Weise die Schattenseiten unseres Volkslebens zu berühren, haben wir die größte Aufmerksamkeit ihnen zuzuwenden. Ein Blick in die Gesamtmaterie überzeugt uns von der hohen Lehr- und Beweiskraft des Gesagten.

Die vom Reichede dauernd fortgeführten Statistiken ermöglichen einen detaillierten Einblick. Die „Arbeitsmarktstatistik“ unter Vergleich der „Arbeitsvermittlung“ und der „Arbeitslosigkeit“ lassen in deutlicher Weise den Grad der Beschäftigungslosigkeit der Arbeiterklasse im allgemeinen als auch in einzelnen Industriegruppen erkennen. Durch diese Zahlen wird zur Evidenz erwiesen, daß dem Arbeiter bei dem gegenwärtigen System nicht eine ausreichende Beschäftigung geboten ist. Die Ergebnisse dienen gleichzeitig zur Beweisführung dessen, daß dem Staate die Verpflichtung obliegt, hier ändernd einzugreifen. Die Vergleiche derselben

Materie mit dem Ausland lassen solches in noch größerer Deutlichkeit erkennen. Die Zusammenfassung umfangreicher Erhebungen über „Arbeitsverhältnisse und Lebenshaltung der Arbeiter“ beweiskräftig in gleich harter Weise dieses. Umfangreiche „Lohnstatistiken“ einzelner Berufsarbeiter oder ganzer Industriegruppen schlussfolgern auf das notwendige Existenzminimum. Die Feststellungen über Arbeitszeiten in Verbindung mit den Unfallziffern lassen das dem Arbeiter Gefahrdrohende erblicken und reden der Verkürzung der Arbeitszeit und dem ausreichenden Arbeiterlohn das Wort. Die Zahlen der Sozialversicherung lassen den Arbeiter deren Wert erkennen und die so viel gepriesene Fürsorge in den richtigen Farben schillern. Daneben bieten noch die Erhebungen auf dem Gebiete des Wohnungswezens, der Lebenshaltung, der Lebensmittelpreise, der Arbeitsbedingungen im allgemeinen usw. dem Beschauer mannigfaltiges Material zur Ergründung bestimmter Erscheinungen.

Lassen diese hier angeführten Hinweise schon mit voller Deutlichkeit den Wert der Statistik erkennen, so liegt es auf andern Gebieten nicht anders. Auch dort finden wir in allen Einzelheiten der berührten Materien des Interessanten äußerst viel.

Die in diesem Jahr stattgefundenen Internationales Hygiene-Ausstellung in Dresden bot hierüber ein überaus anschauliches Bild. Wohl annähernd alle der Medizinalstatistik zufallenden Gebiete, ebenso die die Gesundheitsverhältnisse der Gesamtbevölkerung berührenden Fragen waren in anschaulicher Art in zahlenmäßiger als auch graphischer Darstellung dem Besucher vor Augen geführt. Für die Besucher handelte es sich einzig und allein darum, die aus dem Gesamtergebnis gewonnenen Zahlen so einzugliedern, als es die tatsächlichen Verhältnisse bedingen und dann erst auf Grund dessen die sich ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Werden doch gerade die Ergebnisse der Sozialstatistik weitgehend dazu benutzt, um zur Beweisführung des Fortschritts in der Volksgesundheit zu dienen. Inwieweit letzteres gerade zutrifft, erhellt aus den umfangreichen Darstellungen auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege. Die hierüber gewonnenen Ergebnisse lassen durchgängig einen Rückgang der Sterblichkeitsziffern erkennen, denen sich andererseits solche für Spezialgebiete der Medizinalstatistik anschließen. Für den oberflächlichen Beschauer ergibt sich infolgedessen leicht die Auffassung, daß im Deutschen Reiche in hervorragender Weise der Volksgesundheit das Augenmerk geschenkt worden ist, während andererseits aber auf Grund vorliegenden Zahlenmaterials geschlossen werden muß, daß die Gesundheitsverhältnisse im Vergleich zu andern Ländern noch keineswegs als günstige gekennzeichnet werden können. Das pro- und contra steht also hier im beständigen Widerspruch. Nicht anders liegt es auf den sonst berührten Gebieten. Überall zeigt sich ein ähnliches Ergebnis und nötigt dem aufmerksamen Beobachter die mannigfaltigsten Schlussfolgerungen ab. Dennoch sind aber alle diese Statistiken dazu angetan, in einschneidender Weise die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung (hier freilich nur so weit, wie das von uns Vorgelegte in Betracht kommt) nachzuprüfen.

Aber auch sonst schießt die Statistik umfangreiche Forschungsgebiete auf, wobei sich für die Arbeiterklasse die eigenen Lebensverhältnisse in deutlicher Form offenbaren. Ausgehend von der Frage des Existenzminimums und endend bei den Einkommensverhältnissen liegt eine große Lücke, die zu eingehenden Untersuchungen nötigt. Im Jahre 1909 waren wir in die Lage versetzt, eine vom Kaiserlich Statistischen Amt unternommene Erhebung über Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche einer Veröffentlichung zu unterziehen. Diese sicherlich aus einwandfreiem Material zur Darstellung gebrachten Zahlen-ergebnisse beweisen in anschaulicher Weise die ungünstige soziale Lage der Arbeiterklasse. Die Ergebnisse liehen die Erkenntnis zu, daß bei Beleuchtung der Verhältnisse der Arbeiterklasse allein die sich ergebenden Schlussfolgerungen sich noch bedeutend ungünstiger gestalten würden, als es bei den vorliegenden Erhebungen der Fall sei. Die Arbeiterklasse ist sich dessen auch genau bewußt und setzt seit Jahren ein großes Teil Arbeitskraft daran, in diesem Sinne in ihren Kreisen zu wirken. Die gewerkschaftlichen Organisationen schichten fortlaufend ein nach seinem Plan geordnetes Zahlenmaterial zusammen, um stets ein möglichst klares Bild aller Erhebungen zu haben. Die Wirkungen eingetretener Lohn-erhöhungen werden unter Berücksichtigung der Arbeitszeiten in dieser Weise gemessen. Das gewonnene Material dient wiederum der Begründung weiterer Forderungen. Und so hat sich im Laufe

der Jahre auch die gewerkschaftliche Statistik zu einer hervorragenden Position aufgeschwungen, die auch unsern Gegnern die erforderliche Beachtung abdringt. Sie zwingt auch diese in den Mannkreis unserer Betrachtung. Diese Tatsache hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Arbeiterschaft. So gut wie den eingangs angeführten statistischen Erhebungen für Beurteilung der jeweiligen Verhältnisse nicht beiseite zu räumende Beweiskraft innewohnt, so trifft auch ein Gleiches für die gewerkschaftliche Statistik zu. Ja, die letztere ist sogar zu einem unentbehrlichen Faktor geworden, deren größte Fülle sich jeder im Gewerkschaftsleben Strebende mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anzuschauen hat. Durch solche Richtigkeit wird der der Statistik innewohnende Wert noch um ein Bedeutendes gesteigert.

Neuregelung der Lohnverhältnisse in Schöneberg.

Für die städtischen Arbeiter ist nun endlich die längst fällige Neuregelung der Löhne erfolgt. Sie bedeutet eine große Enttäuschung für die städtischen Arbeiter und muß, als Ganzes betrachtet, in jeder Hinsicht als ungenügend bezeichnet werden. Bisher erhielten Hilfsarbeiter 3,50 Mk., nichtständige Arbeiter 3,75 Mk. und ständige Arbeiter 4 Mk. pro Tag. Der Lohn der ständigen Arbeiter stieg in 8 Jahren auf 5 Mk., Vorarbeiter erhielten 50 Pf. pro Tag mehr, Handwerker inkl. Gärtner 4 Mk. bis 5,50 Mk., in einzelnen Fällen die Tariflöhne des betr. Gewerkes. Vermessungsgehilfen kommen bis 5,50 Mk. und Frauen auf 2,75 Mk. Nebenstunden wurden bisher mit 25 Proz., Sonn- und Feiertagsarbeit die ersten drei Stunden mit 100 Proz., die übrigen mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Unsere Anträge, die letztmalig im Herbst 1910 eingereicht wurden, verlangten Wochenlöhne, Erreichung des Höchstlohnes in 5 Jahren, für Nebenstunden 50 Proz., für Sonn- und Feiertagsarbeit 100 Proz. Zuschlag. Außerdem Erweiterung des Sommerurlaubes unter Zahlung eines Lohnaufschlages von 25 Proz.

Nach der Neuregelung betragen die Anfangslöhne, unter Anrechnung des Prinzips der Wochenlöhne, für sämtliche Arbeiter 25 Mk., steigend in 8 Dienstjahren auf 31 Mk., für Handwerker 27 Mk. bis 34 Mk. bzw. Tariflöhne und für Frauen 16,50 Mk. Vollständig leer gingen die ständigen und nichtständigen Gärtner der Stadtgärtnerei und von den Vermessungsgehilfen fünf Mann mit 1 bis 18 Dienstjahren aus, während vier Kollegen ein Mk. pro Woche Zulage erhielten. Die Endlöhne bedeuten für den größten Teil der Arbeiter nur einen Wechsel auf die Zukunft, da ihnen die bisherige Dienstzeit nicht angerechnet wird. Die Lohnerböschung beträgt im Durchschnitt ganze 16 Pf. pro Tag, die aber auf der anderen Seite dadurch aufgehoben wird, daß die Sonntagsarbeit der ersten drei Stunden, die bisher mit 100 Proz. bezahlt wurde, in Zukunft nur mit 50 Proz. entlohnt wird. Ein Arbeiter mit 4,50 Mk. Tagelohn erhielt früher die ersten drei Sonn- oder Feiertagsstunden 3 Mk., jetzt nach der Aufbesserung nur noch 2,25 Mk. Hier beträgt die ganze Aufbesserung pro Woche 25 Pf. oder pro Tag 4 Pf. Da es kommt vor, daß nach dieser „Reform“ das Einkommen der Arbeiter bedeutend geringer ist als vorher. Das trifft zum Beispiel für alle leer ausgegangenen von vorherem zu. In Wochen mit Feiertagen wird jeder Feiertag, wie überhaupt jeder Sonntag, dem Arbeitenden einen Minderverdienst von 75 Pf. pro Tag bringen; das macht in der Wochenlohnwoche 2,25 Mk., in der Restlohnwoche 1,50 Mk. Verlust. Sieht dem eine Aufbesserung von 1 Mk. gegenüber, so ist auch in diesen Fällen ein Minderverdienst von 1,25 Mk. bzw. 50 Pf. eingetreten. Ganz leer gehen auch die Frauen aus. Ihr Lohn von 2,75 Mk. pro Tag ist einfach in einen Wochenlohn umgerechnet worden.

Einzig für die nichtständigen und Hilfsarbeiter wäre eine tägliche Aufbesserung von 45 bzw. 65 Pf. eingetreten, wenn man diesen Leuten nicht gleichzeitig mit der ersten Lohnzahlung die Entlassung gegeben hätte. Am Vorabend des Festes der Liebe erhielten 29 Mann ihre Entlassung. Brutaler und rücksichtsloser kann sich die ärgste Reaktion nicht zeigen, als wie die „liberale“ Verwaltung Schönebergs. Es geht schnell abwärts hier. Die Herren haben es sehr eilig, das gute Ansehen, das sich Schöneberg unter der Regide eines Wilden erworben hatte, zu beschützen.

Wenn der Magistrat und mit ihm die liberale Stadtverordnetenversammlung glaubt, mit dieser „Regelung“ sei etwel Zufriedenheit in die Kreise der Arbeiter einzusetzen, so irren sie sich sehr. Im Gegenteil! Die Unzulänglichkeiten des Geschaffenen sowie die teilweise direkten Verschlechterungen haben eine große Bewegung hervorgerufen und die städtischen Arbeiter sich darauf

rechnen, daß die städtischen Arbeiter mit ihren weitergehenden Anträgen nicht zurückhalten werden. Die „liberale“ Majorität hat sich in dieser Frage in ihrem vollen Glanze gezeigt, indem sie alle weitergehenden Anträge der sozialdemokratischen Vertreter ablehnte.

Die liberalen Herren, die sonst im allgemeinen sehr robust in bezug auf Takt und Formen sind — wir brauchen nur an den letzten Stadtverordnetenwahlkampf zu erinnern —, werden sofort mimosenhaft empfindlich, wenn sich ihnen die misera plebs, die Arbeiter, mit einem Anliegen nahen. So wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Dezember eine Zuschrift des Gemeindefacharbeiterverbandes um endliche Neuregelung der Löhne oder eben, Gewährung einer Feuerungszulage wegen ihres „ungehörigen Tones“ als ungeeignet zurückgewiesen. Worin bestand der ungebührige Ton? Die in der Versammlung am 20. Oktober angenommene Resolution enthielt u. a. den Satz: „Die Versammlung protestieren auf das schärfste gegen die jahrelange Verschleppungspolitik in der Lohnfrage und fordern von der städtischen Verwaltung die umgehende Erledigung ihrer Anträge.“ Also die Konstatierung, daß die Arbeiter jahrelang ohne Weisheit auf ihre Anträge blieben, genigte den Herren, um die Resolution als „ungeeignet“ zu verwerfen. Auf die sachliche Berechtigung ging man nicht ein. Demgegenüber ist es notwendig, kurz auf die Geschichte dieser Lohnbewegung einzugehen, da sie außerordentlich lehrreich ist für die Beurteilung der Schöneberger „liberalen“ Arbeiterpolitik.

Schon im Jahre 1909 wurde nach der damaligen Lohnregelung beantragt, die außerordentlich niedrigen Löhne der nichtständigen Gärtner und Arbeiter zu erheben. Die Anträge wurden abgeklagt beschieden. Infolgedessen reichten die Arbeiter und diesmal auch alle übrigen Kategorien im Herbst 1910 erneut Anträge zum Etat ein. Die Etatverhandlungen fanden statt und es wurde beschlossen, die Neuregelung der Löhne einer befordernden Kommission zu überweisen. Die Arbeiter warteten und warteten von Monat zu Monat — nichts rührte sich. — In einer Versammlung am 17. Mai 1911 sprachen die städtischen Arbeiter ihre Bedauern darüber aus und erließen in einer Resolution, diese Dinge doch endlich zu regeln. Auch jetzt rührte sich nichts. Dann kam die Feuerung mit ihren folgenreicheren Begleitererscheinungen. Die Angelegenheit der städtischen Arbeiter aber kam nicht vom Fleck. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände wäre es wohl zu verheben gewesen, wenn sich der so genannten Arbeiter die tiefste Empörung bemächtigt hätte. Und dies wäre um so berechtigter gewesen, als die Herren Nobel und Salinger an den Versammlungen der Arbeiter teilgenommen hatten, also wissen mußten, wie es um die städtischen Arbeiter bestellt ist. Die Ablehnung der Zuschrift des Verbandes als ungeeignet, ist ein liberales Demagogentum schlimmerer Art und die städtischen Arbeiter werden die Konsequenzen dieses Verhaltens zu ziehen wissen. Auch dem Wächter müssen nachgerade die Augen aufgehen. Interessant bei der ganzen Geschichte ist aber auch die Tatsache, daß der Arbeiterverein im liberalen Verein, der Straßenreinerer Matschuket, trotz seines angeblichen Einflusses nicht in der Lage war, für seine Kollegen etwas zu tun. Tatsache ist vielmehr, daß gerade seine engsten Verursacher die meisten Nachteile durch die Neuregelung haben. So haben die Vorarbeiter z. B. ausgerechnet, daß ihnen ein jährlicher Verlust von 18 Mk. entflieht. Auch die „Konferenzen“ des Genannten mit maßgebenden Personen dürften nur einen sehr fragwürdigen Vorteil erbringen. Wenn in der Straßenreinigung schließlich in absehbarer Zeit die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wird, so wird dies trotz der Vorzimmerpolitik des M. geschehen.

Allen Schöneberger Kollegen aber rufen wir zu, aus allen diesen Vorgängen die Konsequenzen zu ziehen! Stellen wir der Rindständigkeit der Verwaltung die Macht einer geschlossenen Arbeiterschaft gegenüber, dann müssen die Arbeiter doch zuletzt Sieger bleiben.

Die gefährdete Existenz städtischer Arbeiter in Barmen.

Durch die Auserbittung der Gasanstalt war auch die fernere Existenz der damaligen Gasarbeiter arg gefährdet. Sie versuchten deshalb schon frühzeitig, mit der Stadtverwaltung wegen weiterer Beschäftigung zu verhandeln. Offenbar hatte man aber für die Gasarbeiter nicht viel übrig, denn man versuchte sie nach den Maßstäben der Firma Thyssen u. Co. abzuschließen. Als die Arbeiter aber damit nicht einverstanden waren, wurden sie nach anderen städtischen Betrieben verlegt. Auf der Gasanstalt selbst hatte sich die gut organisierte Arbeiterkammer annehmbare Arbeitsverhältnisse und vor allem auch eine entsprechende Behandlung seitens der Vor-

gesetzten geschaffen, was in den anderen Betrieben vielfach vermehrt wurde. Es ist deshalb verständlich, daß sich die Kollegen nur sehr schwer in die neuen Verhältnisse finden konnten und vor allen Dingen das verlangten, was ihnen nach der Arbeitsordnung zustand. Hier von wollten aber verschiedene Betriebsleiter nichts wissen. Ansolandenen versuchte man fast überall die ehemaligen Gasarbeiter abzuschieben, damit sie nicht auflärend bei ihren Mitarbeitern wirken konnten. Wo sie nicht von selbst gingen, dienten kleine Urfrachten und Arbeitsmangel als Grund zur Entlassung. Besonders die nach der Varmer Berg- und Straßenbahn vertriebenen Arbeiter können davon ein Liedchen singen. Sie waren zu steif, sie bewegten sich nicht schnell genug, es wurde sogar einem Wagenführer gesagt, daß organisierte Leute nicht im Vertriebe geduldet wurden, es regnete Strafen, bis die Leute schließlich wegen „Personaleinschränkung“ entlassen wurden. Der Oberkontrolleur rühmte sich eines Tages sogar damit, daß er über die Gasarbeiter besondere Listen führe, daß er von 16 Gasarbeitern nur noch 4 habe, daß er ferner seinen Stopp durchsetzen werde, bis er die ganzen Gasarbeiter aus dem Betriebe habe. Am 27. Dezember wurden wieder zwei Mann von der Strecke entlassen wegen angeblichen Arbeitsmangels. War nun Arbeitsmangel vorhanden? Nein! Denn es sind auf der Strecke selbst noch Italiener und Kroaten beschäftigt. Hat nicht der ansässige Arbeiter und Steuerzahler ein Vorrecht auf Arbeit gegenüber dem Ausländer, noch dazu, wo diese beiden Arbeiter 6 bzw. 9 Jahre die schwerste Arbeit, als Feuerkassarbeiter, bei der Stadt verrichtet haben? Die Entlassung hat aber andere Ursachen. Als die Gasarbeiter nach dem Vertriebe der Varmer Berg- und Straßenbahn kamen, war den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Mai 1910, also ein Jahr später, noch in keiner Weise Rechnung getragen. Damit fanden auch die Bestimmungen der „Allgemeinen Arbeitsordnung für die Arbeiter der Stadt Varmer“ für die Arbeiter dieses Betriebes keine Anwendung. Nach dieser Arbeitsordnung wird an den gesetzlichen Feiertagen der Lohn weiter gezahlt, für Überstunden werden 33% Proz. und für Nachtarbeit 50 Proz. Zuschlag zum Grundlohn gewährt. In allen Betrieben betrug die tägliche Arbeitszeit 9½ Stunden, an der Berg- und Straßenbahn dagegen 10 Stunden. Ebenso gab es weder eine Arbeitsordnung noch einen Arbeiterausschuß, trotzdem dies von den Stadtverordneten beschlossen war.

Auf Trümpfen des inzwischen gut organisierten Strecken- und Werkstättenpersonals wurde zunächst eine Arbeitsordnung geschaffen. Eigentümlicherweise fehlten darin die Paragraphen, welche den anderen städtischen Arbeitern die obigen Vergünstigungen zugeteilt. Aus Arbeiterausschuß war der Vorstand des Varmer Berg- und Straßenbahnvereins vorzusehen, ebenso auch ein-

gehnstündige tägliche Arbeitszeit. Selbstverständlich wurde eine solche Arbeitsordnung abgelehnt. Das ging der Direktion schon gegen den Span. Sie konnte es gar nicht begreifen, daß die fern in Ehrfurcht ersiehenden Arbeiter auf einmal so viel Mannesmut besaßen und gegen die Anordnung der Direktion protestierten. Alles Sträuben half aber nichts, die Direktion mußte einen Kadavergang zur Arbeitsordnung bringen, worin die 9½stündige Arbeitszeit, Bezahlung der gesetzlichen Wochenfeiertage, der oben genannte Zuschlag für Überstunden und Nachtarbeit und ein Arbeiterausschuß für das Strecken- und Werkstättenpersonal benannt wurde. Erst dann wurde die Arbeitsordnung anerkannt. Es bedurfte aber weiterer Eingaben, ehe die Wahl zu dem versprochenen Arbeiterausschuß ausgeschrieben wurde. Die hierzu erlassenen Wahlbestimmungen waren so gehalten, daß die ehemaligen Gasarbeiter nicht in den Ausschuß gewählt werden konnten, während sie in anderen Betrieben zum Teil schon wieder in diesen tätig waren. Bei die Wahlbestimmungen nun abermals nicht der oberbürgermeisterlichen Verfügung entsprachen, wurden sie beanstandet, und mit dem Erfolge, daß die Gasarbeiter als wählbar erklärt wurden. Also die Direktion der Varmer Berg- und Straßenbahn mußte in allen Dingen den berechtigten Wünschen der Arbeiter nachkommen. Das war zu viel, hatte man schon während der Bewegung die meisten Gasarbeiter entlassen, so mußten nun auch noch die beiden letzten auf den Strecken der Straßenbahn beschäftigt werden. Sie wurden also als wählbar in den Arbeiterausschuß erklärt, erhielten aber vor der Wahl bereits die Kündigung, damit sie nicht in den Ausschuß gewählt werden konnten. An der Verfabrik hat man sogar sich nicht geschaut, einem Arbeiter das Versprechen abzunehmen, daß er aus der Organisation austreten wolle. Doch das nur nebenbei. Die beiden Arbeiter wandten sich, als sie die Kündigung erhalten hatten, an die Direktion. Hier wurde ihnen gesagt, daß sie Arbeit im Straßenreinigungsbetrieb erhalten könnten. Sie gingen auch dorthin. Hier wurde ihnen aber gesagt, sie seien zu alt für die Straßenreinigung, wenn sie nicht flott genug hinter die Schraufmaschine herkommen könnten, müßten sie entlassen werden. Weiter wurde ihnen empfohlen, sie müßten sich lieber in anderen Betrieben um Arbeit umsehen. Einige Tage später ging die Reise zum Oberbürgermeister. Dieser wurde ersucht, die beiden Arbeiter in anderen Betrieben unterzubringen, wenn irgend möglich aber nicht bei der Straßenreinigung, denn von dort hatten ja die Arbeiter schon den nötigen Weisheit erhalten. Der Oberbürgermeister versprach, sein Möglichstes zu tun. Am anderen Tage ging den Arbeitern folgendes Schreiben zu:

„Am Auftrage des Herrn Oberbürgermeisters teile ich Ihnen mit, daß Sie zunächst bei der Straßenreinigung beschäftigt werden

Das Gesetz der Trägheit.

Wir wissen, daß der Mensch zur Beachtung der Naturgesetze gezwungen ist. Selbst ein Teilchen des Universums, untersteht er auch den Gesetzen, die das Naturgeschehen beherrschen. Wenn gesagt wird, daß die Naturgesetze nicht mechanisch auf das Gesellschaftsleben der Menschen, auf die Geisteswissenschaften übertragen werden dürften, dann ist dies richtig, soweit der Nachdruck auf das Wort mechanisch gelegt wird, aber richtig ist nicht minder, daß das Gesellschaftsleben der Menschen nicht außerhalb der Naturgesetze oder über ihnen steht, daß vielmehr die Geisteswissenschaften vielmehr von den Naturgesetzen beeinflusst werden.

Eins der wichtigsten Naturgesetze ist das Gesetz der Trägheit. Die Materie ist träg, sie hat die Eigenschaft, eine Bewegung in alle Umgegend in gleicher Richtung beizubehalten. Ein Stein, in die Höhe geworfen, würde immer weiter laufen, wenn er nicht durch Gegenkräfte gehemmt würde. Gegenkräfte sind da der Luftwiderstand und die Schwerkraft der größeren Erdmasse. Wir beobachten das Gesetz der Trägheit auch bei dem Pendel. Wird ein ruhig hängendes Pendel aus seiner Lage gebracht und dann losgelassen, so strebt es wieder dem Ruhepunkt zu. Nach dem Gesetz der Trägheit bleibt das Pendel aber nicht sofort in der Ruhelage, sondern es drängt erst über diesen Punkt hinaus, worauf dann die Bewegung nach der entgegengesetzten Seite umschlägt. Das wiederholt sich, in sich vermindern der Masse, verschiedentlich, bis eine Beharrung der widerstreitenden Kräfte eingetreten ist. Dann erst hängt das Pendel ruhig.

Von der menschlichen Gesellschaft wissen wir, daß die Produktionsmethode die Ideologie der Menschen richtunggebend beeinflusst. Das geschieht aber keineswegs rein mechanisch, sondern der Prozeß ist ein sehr vielgestaltiger und komplizierter. Das Gesetz der Trägheit spielt auch da eine erhebliche Rolle. Wirken sich die Dinge einfach mechanisch aus, so wäre die Ideologie der Menschen immer

dem Stand der Produktionskräfte und der Produktionstechnik angepaßt und wir würden keine Partei- und keine Meinungskämpfe kennen. In Wirklichkeit herrscht zwischen der ökonomischen Grundlage und der sie rückspiegelnden Ideologie eine gewisse Entfernung, die bald größer, bald kleiner ist und die man mit einer Wellenlinie umschreiben kann. Und wenn eine Produktionsstufe schon lange hinter uns liegt, sehen wir doch noch oft die ihr entsprechende Ideologie weiter wirken und ein gewisses Eigenleben entwickeln. So ist es im großen und auch im kleinen. Innerhalb der großen, gegeneinander im Meinungskampf liegenden Gruppen der Gesellschaft gibt es auch wieder Unterströmungen und Reibungen, bei denen das vorhin Gesagte eine Rolle spielt. Die Dinge ändern sich, aber nicht so rasch äußert sich die Rückwirkung dieser Veränderung in den Köpfen der Menschen, diese Rückwirkung beansprucht in der Regel eine gewisse Zeit, die bei allen Menschen nicht gleich kurz oder lang ist.

Geben wir dafür einige Beispiele. Wenn eine Organisation klein ist, können die Regeln für sie leicht von allen Beteiligten direkt festgelegt werden. Ganz anders wird die Sache, wenn die Organisation sich weit ausdehnt. Da würde die direkte Entscheidung aller Mitglieder sehr schwierig oder ganz unmöglich sein, ganz abgesehen noch von dem Kraftaufwand, den sie erfordern würde. Und im Kampf, im Völkerrkriege sowohl wie im Klassenkampf, würde der Zeitaufwand, den die direkte Entscheidung aller Beteiligten notwendig erforderlich machen würde, allein schon zu einem Repräsentativsystem, zu einer indirekten Einwirkung zwingen. Würde dies der Intellekt nicht von sich aus bewirken können, so käme eben das alte Wort zur Geltung: Durch Schaden wird man klug. Daß so oft die Klugheit erst durch den Schaden, den man befehen kann, bewirkt wird, hängt auch mit dem Gesetz der Trägheit zusammen. Im älteren sozialdemokratischen Parteiprogramm hieß es noch: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk! Jetzt heißt es aber: durch die Volksvertretung.

Es wäre ja ein großer Unfuss, erst gemühtlich eine Urabstimmung

können. Sie wollen sich bei dem Straßeneinigungsmeister Gallant dieserhalb melden. Bei zufriedenstellenden Leistungen werde ich bei Gelegenheit in Erwägung ziehen, ob Sie später dem Müllverbrennungs- oder Straßenbaubetrieb zugeweiht werden können.

Also, trotzdem die Arbeiter 6 und 9 Jahre stets zur Zufriedenheit gearbeitet haben, sollte jetzt erst bei zufriedenstellenden Leistungen in Erwägung gezogen werden, ob die Arbeiter sich auch für einen städtischen Betrieb eignen. Die Arbeiter haben deshalb auf eine weitere Beschäftigung bei der Stadt Barmen verzichtet. So sieht aber die geübte Kritik der städtischen Arbeiter aus, nachdem sie jahrelang für billiges Geld gearbeitet haben, werden sie aus der Arbeit hinausgegrault. Das Arbeiterwohlwollen und die Sozialpolitik der Stadt Barmen treiben die sonderlichen Blüten. Wie sagte doch der Oberbürgermeister Polat am 10. Juni 1909:

... Der Arbeiter selbst muß mit seinen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Einrichtungen auf sozialem Gebiete der Pionier sein. ...

Wahrscheinlich dürfen dies aber keine städtischen Arbeiter sein, denn sonst könnte man in der oben erwähnten Weise nicht gegen organisierte Arbeiter vorgehen.

• Notizen für Gasarbeiter •

Aus den Berliner Revierinspektionen. Die enorme Zunahme von Anlagen für Automalgasometer hat die Verwaltung der Gaswerke veranlaßt, besondere Abteilungen für Automatenrichtungen einzuführen. Bisher wurden nun diese Arbeiten für Automalgasometer im Tagelohn ausgeführt. Bei Einführung der obigen Vorrichtungen würden die Arbeiten im Stundenlohn, also im Afford, verlangt. Seit über ein Jahrzehnt ist kein Afford verlangt worden. Nun mit einem Male mühen zunächst diese Arbeiten im Afford ausgeführt werden. Der Zweck ist ohne weiteres klar. Die Anlagen, die auf Kosten der Gaswerke hergestellt werden, sollen so billig wie möglich ihnen zu stehen kommen. Nun ist aber die Arbeitsleistung für diese Arbeiten im Tagelohn bereits aufs äußerste hochgeschraubt gewesen, so daß im Afford nicht viel mehr als der Lohn während des Bestehens der Einrichtungsabteilung erzielt werden konnte. Ja, es ist in der Weihnachtswoche sogar vorgekommen, daß nicht einmal der gewöhnliche Wochenlohn verdient worden ist, weil manche Konsumenten zu den Feiertagen nicht mehr arbeiten lassen wollten. Der gewöhnliche Lohn mußte aber garantiert werden. Wie erfolgt denn nun die Festsetzung des Affordtages? Vor Inangriffnahme der Arbeiten in den jeweiligen Wohnungen werden diese abgehandelt,

der Affordtag also pro Wohnung festgesetzt. Die Berechnung erfolgt nach dem Stundenlohn des Mohrlagers und des Helfers, hierzu kommt ein geringer Zuschlag. So sind für Stube und Küche 8,00 Mk. und 8,50 Mk. für zwei Stuben und Küche 11,00 Mk., 11,50 Mk. und 13,00 Mk. in der letzten Zeit gezahlt worden; anfänglich wurden höhere Sätze gezahlt. Da hieß es auch: „Sie sollen Geld verdienen!“ So der Herr Inspektor der Einrichtungsabteilung in der Zellerstraße. Nachdem aber der Herr Techniker dort die Festsetzung der Sätze vornimmt, wird eine fortgesetzte Drückung der Sätze versucht. Wird nun seitens der Ausführenden darauf aufmerksam gemacht, daß sie mit dem veranschlagten Satz nicht auskommen, so wird ihnen in unzuwe有ntiger Weise gesagt, daß sie sich in seinem Revier zu fügen haben. Dieser Herr besitzt anheimelnd den Meßereuleitnanten heraus. Jedenfalls können Leute, die zehn Jahre und noch länger in den Revierinspektionen tätig sind, eine anständige Behandlung beanspruchen, zumal für Affordarbeiten nicht jedermann sich eignet. Diese Leute hier aber sind dazu kommandiert worden. So soll es auch nach der Ansicht des Herrn Technikers sein. Zurück nach dem Revier geben, von wo derselbe gekommen ist. So ist es ihnen nach und nach zum Bewußtsein gekommen: wenn es ihnen nicht paßt, dann steigen sie aus. Die Frage der Zurückversicherung muß im Interesse der Arbeiter genügend geklärt werden. Für den vereinbarten Affordtag sind folgende Arbeiten auszuführen: 1. Materialempfang einschließlich Nachschau; 2. Innenleitung gemäß Angaben, winkeltrecht und sauber verlegt, einschließlich Dichtungsprobe und Anstrich; 3. Durchstemmen oder Durchbohren der Wände und Zumanen der Vöder; 4. Unterpfeifen, wenn Eingangsstufen vorhanden ist; 5. Anschrauben der Beleuchtung einschließlich Anbringen der kompletten Brenner (Glaskörper wird nicht abgehandelt); 6. Abnahmeprobe und 7. Abrechnen einschließlich Eintragung im Abrechnungsbuch. Hierzu wäre noch manches zu sagen, der allen Dingen zu den Dichtungs- und Abnahmeprobe. Das Gewicht muß hierbei darauf gelegt werden, dem Ausführenden so wenig wie möglich seine Arbeitszeit zu rauben, nicht etwa die Zeiten der Probeabnahmen dem Abnehmenden überlassen. Bei der Festsetzung des Affordtages sollte das Fahrgehalt, welches mindestens 1,20 Mk. und zirka 60 Pf. Umlaufjahrgeld pro Woche beträgt, berücksichtigt werden, wie auch der Fortfall der Wachen, der ungefähr für die Mohrlager 12,00 bis 15,00 Mk. und für die Helfer 6,00 bis 8,00 Mk. pro Monat beträgt. Der bis jetzt verdiente Affordlohn entspricht absolut nicht der geleisteten Affordarbeit. Hierbei müßte mindestens das Aderballfahde des Lohnes verdient werden, zumal auch berücksichtigt werden müßte, daß die Leute nicht über Mittag nach Hause fahren können. Von dem Lohn sollen sie schließlich noch die infolge der schlechten Transportmittel entzweizugangenen Gloden, Zylinder und Strümpfe erhalten. Auch diese Frage bezüglich des Erfasses bedarf einer Regelung. Der allen Dingen aber sollte eine

vornehmen zu wollen, wenn der Feind etwa schon die Grenze überschritten hätte.

Auch im Kampf der Klassen in der Gesellschaft, in der Nation sind oft rasche Entscheidungen notwendig. Da muß der auf demokratische Art gewählte und vom Vertrauen der Organisation getragene Hauptvorstand das Recht der Entscheidung haben. Würde er sein Mandat nicht im Interesse der — wirklichen oder auch nur vermeintlichen — Interessen der Mehrheit ausüben, dann würde er eben nicht mehr in seinen Funktionen belassen. Regel ist aber doch, daß eine Gruppe zu ihren Funktionären die Besten, die Ehrlichsten, die Eifrigsten bestimmt. Unsinn ist es natürlich erst recht, wenn etwa eine kleine örtliche Gruppe sich das Recht anmaßen will, in ihrer Beschränkung über Fragen zu entscheiden, die einen weit größeren Teil der Gruppe oder die ganze Organisation berühren. Da repräsentiert der Vorstand die Gemeinschaft und deren allgemeine Interessen.

In der Konsumgenossenschaftsbewegung hat das Schlagwort von der Demokratie auch schon hier und da Schaden angerichtet. Als ob dies Wort ein Fetisch wäre, den man anbetet. Wir haben jetzt in Deutschland große blühende Bezirkskonsumvereine, die die Zwischentorporation der Genossenschaftsräte geschaffen haben. Und da spukt unter den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften auch noch hier und da die Auffassung, daß sie jetzt „keine Rechte mehr“ hätten. In Wirklichkeit haben die Mitglieder größere Rechte wie früher. Durch das Repräsentationssystem erlangt der Genossenschaftsrat eine sehr nützliche feste Zusammensetzung, während früher die Generalversammlungen in der Zusammensetzung verschieden waren je nach bestimmten Umständen. Und der Mittelpunkt, der Ort, an dem die Generalversammlung tagte, hatte immer das Übergewicht, da von dort eben am meisten stimmberechtigte Genossen zuströmten. Eine solche wechselnde Zusammensetzung der beschließenden Versammlungen hat manche Nachteile im Gefolge. Es können da in kurzer Zeit ganz

entgegengesetzte Beschlüsse gefaßt werden, wenn sich auch an den sachlichen Umständen nichts geändert hat.

Durch das Vertretungssystem hat jedes Mitglied die praktische Möglichkeit, sich an der Zusammensetzung der Leitung zu beteiligen.

In mancher Hinsicht hat auch das Gesetz der Tragheit der Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung längere Zeit entgegen gewirkt. Einmal waren es die leidigen Begleiterscheinungen, wie sie an manchen Konsumvereinen in Sachsen zu beobachten waren (Dividendenmanie, ungenügende Bezahlung der Angestellten), dann die unglücklichen, in der Luft hängenden Produktivgenossenschaften ohne Absatz, die dann die konsumereinsfeindliche Presse als „sozialdemokratische“ Konsumgenossenschaften „vertrachen“ ließ, die lange hemmend gewirkt haben. Und war auch dann noch, als sich die Dinge längst entschieden zum Besseren gewandt hatten. Immer und immer wieder und lange noch mußte man da erfahren, wie die in ihrer Grundlage abgestorbene Ideologie doch weiter wucherte.

Wir wissen auch, daß es unmöglich ist, eine wirkende Kraft völlig zu hemmen, man kann die Kraft nur in eine andere Richtung drängen, aber wieder nicht in eine beliebige Richtung.

Das mehrwertbedende Kapital ist natürlich immer eifrig bestrebt, das ihm auf der einen Seite, Genommene auf der anderen Seite wieder herauszuholen. Und ebenso sind die dem Kapital tributpflichtigen Arbeiter bestrebt, ihre Kraft auch in einer anderen Richtung anzuwenden, wenn die Widerstände auf dem einen Gebiet übergroß werden. Im Vorteil bleiben letzten Endes die, deren Interessen und deren Ideologie dem Stande der Produktionstechnik entsprechen.

Am nächsten wirkt in der Organisation, wer die Wirkungen einer veränderten Lage gleich erkennt und die Kräftekonstellation darauf beurteilt. Wer schwerfällig am überlebten Alten festhält und sich vom Gesetz der Tragheit derart treiben

andere Regelung des Akkordfahes oder aber Aufhebung der ganzen Akkordarbeit eintreten. Denn Akkordarbeit bleibt einmal Akkordarbeit! Bei dieser Arbeit werden außerordentliche Anforderungen an den einzelnen gestellt. Sollte die Verwaltung — wir nehmen an, es soll dies alles nur ein Versuch sein — die Akkordarbeit beibehalten, dann muß eine einheitliche Regelung der Güte — die sich sehr wohl durchführen läßt — vorgenommen werden und nicht es dem Belieben eines Beamten überlassen bleiben. Gegenüber der Direktion drücken wir die Erwartung aus, daß die obigen Anregungen eine entsprechende Berücksichtigung finden.

◆ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ◆

Das Lebensalter der gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen. Die Invalidenversicherung kennt keine „Ritzgliederlinien“. Das einzige Mittel, durch welches die Landesversicherungsanstalten Kenntnis von ihren Versicherten und deren näheren Verhältnissen erlangen, ist die Quittungsarte. Die aufgerechneten (umgetauschten) Quittungskarten werden bekanntlich an die Versicherungsanstalten eingesandt, wo sie aufbewahrt werden. Die Karten geben aber so unregelmäßig ein, daß sich darauf keine Statistik gründen kann. Es ist deshalb in Verbindung mit der Verzeichnisaufstellung im Jahre 1907 auch eine Zählung der invalidenversicherungspflichtigen Personen vorgenommen worden. Aus den vom Reichsversicherungsamt zusammengestellten Ergebnissen sei folgendes mitgeteilt. Es waren vorhanden Versicherte:

Alterklasse	männliche	weibliche	zusammen	Proz.
16 bis unter 18 Jahren	792 260	673 869	1 466 129	10, —
18 " " 20 "	839 271	644 636	1 483 907	10,1
20 " " 25 "	1 580 263	1 185 418	2 715 681	18,6
25 " " 30 "	1 615 155	564 567	2 179 722	14,4
30 " " 40 "	2 396 497	652 419	3 048 916	20,8
40 " " 50 "	1 500 085	475 429	2 005 514	14, —
50 " " 60 "	867 160	306 970	1 174 130	8,5
60 " " 70 "	358 850	137 319	496 199	3,2
70 und darüber	44 024	17 166	61 190	0,4
Zumma	10 023 565	4 607 825	14 631 390	100, —

Die Invalidenversicherung umfaßt alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen vom 16. Lebensjahr an. Die sich in „gehobener“ Lebensstellung befindenden Personen allerdings nur, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 2000 Mk. nicht übersteigt. Die Zusammenstellung zeigt, daß die Beschäftigung in abhängiger Stellung am häufigsten in der Altersstufe von 20 bis 30 Jahren. In den jüngeren Altersklassen, namentlich vom 16. bis 18. Jahre, ist das weibliche Geschlecht außerordentlich stark vertreten. Es nimmt dann in den mittleren Altersgruppen erheblich ab, um im hohen Alter wieder etwas mehr hervorzutreten.

läßt, handelt zum Schaden einer Organisation, und wenn auch noch so oft mit „Grundsätzen“ und „Prinzipien“ operiert werden mag.

Es ist gesagt worden, daß „die Masse“ die Veränderung der wirklichen Dinge und der Kräftewirkungen am ersten spüre. Das ist wohl richtig, aber doch nicht bestimmt genug. Zur „Masse“ gehört schließlich jeder. Die Masse ist nichts Gleichmäßiges, sondern sie ist eine Vielheit von Auffassungen und Empfindungen.

Die einer veränderten Lage entsprechende oder ihr näherkommende neue Ideologie wird in der Regel zuerst von wenigen in der Masse gegen die Mehrheit vertreten werden, woraus aber nun um Gottes willen nicht etwa der Schluß gezogen werden darf, daß die Wenigen immer recht hatten. Die neuen Ideen kommen nicht fit und fertig in die Welt gesprungen, wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus. Vielmehr kämpft die neue Auffassung gegen die alte und sie hat sich in der Masse durchzusetzen.

Es kommt aber vor, daß die die Veränderung der Dinge widerstrebenden Ideen zu einer Zeit derart lebendig werden, daß sie — wie oft bei Revolutionen — den wirklichen Dingen sogar voraus eilen und daß erst — wie beim Pendel — nach einem Zurück und wieder Vor allmächtig ein harmonisches Verhältnis ausgewirkt wird.

Stockmann in Ibsens „Bolsseind“ stellt die Dinge kraft und übertrieben dar, wenn er in der Versammlung erklärt:

„Was sind denn das für Wahrheiten, worum sich die Majorität zu scharen pflegt? Es sind die Wahrheiten, die so hoch zu Jahren gekommen sind, daß sie sich bald abgelebt haben. Ist aber eine Wahrheit so alt geworden, meine Herren, dann ist sie auch auf dem besten Wege, eine Lüge zu werden. . . Die Wahrheiten sind nicht so zahllos wie Methusalems, wie sich die Menschen einbilden. Eine normal gebaute Wahrheit lebt — na sagen wir — in der Regel sieben bis achtzehn, höchstens zwanzig Jahre; selten länger. Aber solche bejahrte Wahrheiten sind immer entsetzlich dürr und mager. Und

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Bamberg. Die städtischen Kollegien genehmigten für das letzte Vierteljahr eine Feuerungszulage für ledige Frauen 6 Mk., für verheiratete Frauen 8 Mk., für ledige Männer 10 Mk., für verheiratete ohne Kinder 12 Mk., mit 1-2 Kinder 15 Mk., mit 2-4 Kinder 18 Mk., über 4 Kinder 20 Mk. Vom 1. Januar 1912 ab soll eine neue Lohnregulierung für sämtliche städtische Arbeiter stattfinden.

Omünd (Schw.). Den städtischen Lohnarbeitern gewährt die Stadtverwaltung eine einmalige Feuerungszulage von 30 Mk.

Seilbronn. Die städtischen Unterbeamten erhalten unter Nachzahlung vom 1. Oktober 1911 ab eine Besoldungszulage von je 100 Mk. in allen Stufen, und alle Klassen erhalten eine weitere Stufe von 100 Mk.; ebenso werden die Arbeiterlöhne vom 1. November an erhöht um täglich 20 Pf.

Regensburg. Unsere Kollegen ersuchten bereits im Mai 1911 die Stadtverwaltung um Gewährung einer Feuerungszulage. Die Eingabe fand aber keine Beachtung. Nun ist vor einigen Wochen der erste Sozialdemokrat, Wunderlich, in das Gemeindefollegium eingetrufen. Zu seinen ersten Handlungen gehörte es, den übergangenen Antrag der städtischen Arbeiter wieder aufzunehmen, der nun allgemeinen Anklang fand. Die liberalen Medner erkannten an, daß die städtischen Arbeiter sich in einer großen Notlage befinden, ein dem Zentrum angehöriger Maschinist verteidigte die Feuerungszulage mit den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen der Arbeiter, ein zentralistischer Arbeitersekretär sprach von einer „wohlbegründeten Feuerungszulage“. All diese Gründe bestehen natürlich nicht erst seit heute, und sie sind auch den bürgerlichen Vertretern nicht erst jetzt bekannt geworden. Aber solange der sozialdemokratische Anreißer fehlte, hat kein Mensch einen Finger für die Arbeiter gerührt. Das ist ein Ansporn mehr für unsere Kollegen, bei Wahlen nur den Sozialdemokraten die Stimme zu geben.

Sonneberg. Der Gemeinderat hat sämtlichen städtischen Arbeitern eine Feuerungszulage in Höhe eines Wochenlohnes bewilligt.

Zwidau. Feuerungszulagen für städtische Beamte haben die Stadtverordneten bewilligt. Der Ehemann erhält 25, jedes Kind 5 Mk. Für Witwen mit einem Kind werden 30 Mk., für jedes weitere Kind 5 Mk. bewilligt; Unverheiratete geben leer aus. Die benötigte Gesamtsumme beläuft sich auf 1200 Mk.

doch gibt sich erst dann die Mehrheit damit ab und empfiehlt sie der Menschheit als gesunde geistige Nahrung. Aber ich kann auch verlieren: es ist nicht viel Nahrungsstoff in einer solchen Kost; und darauf muß ich mich als Arzt verstehen. All diese Majoritätswahrheiten gleichen dem überjährigen ranzigen Speck; sie sind wie verdorbene, grün angelauene Schinken.“

Es ist aber auch falsch, die „kompakte Majorität“ in einen natürlichen Gegensatz zu den „Wenigen“ zu setzen. Auch die Wenigen wirken doch in der Masse, wie die Masse auf sie wirkt. Größere Einsicht und sensibleres Empfinden werden sich auswirken. Das ist die Regel und das ist natürlich. Falsch ist jedenfalls auch, wenn die „Wenigen“ aus der Masse herausgezerrt und dann als die Förderer aller Kultur tagiert werden, wie es der philosophische Rundschauer der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ allwöchentlich mit mehr Eifer als Geschick befragt. Die Kultur wird vielmehr von der solidarischen Gemeinschaftsarbeit der Masse getragen und gefördert, was ja natürlich nicht ausschließt, daß die Fähigkeiten der einzelnen Glieder dieser Masse differieren. Nicht der Starke ist am mächtigsten allein, sondern auch der Stärkste wird mächtiger durch die Hilfe auch des Schwächsten und Geringsten. Die Maus konnte dem Löwen die Stricke zeragen, womit er geißelt war.

Noch verwickelter werden die Dinge — um zum Schluß auch dies noch zu erwähnen — dadurch, daß lebende Menschen mit Bewußtsein und mit Absicht eine Ideologie im Eigeninteresse eigener Magen und Lippen noch weiter pappeln, obwohl sie ganz gut wissen, daß die alte Auffassung in der Technik des Produktionsprozesses längst keine Grundlage mehr hat. Da wird mit allen Kräften operiert und die Kämpfe werden oft gehässig und sehr erbittert geführt. Da wird hartnäckig an jeden Mann und seine Ideologie gekittet und die Gesellschaft erdreht vom hitzigen Stritten.

Alles wegen des Gesetzes der Trägheit!

Wilh. Häusgen.

Aus unserer Bewegung

Gaukonferenz München. Am 25. Dezember tagte in München im Gasthaus zur „Mene“ die 3. Konferenz des Gauess München, vertreten durch 47 Delegierte (darunter 28 von München). Ueber: „Die Vorgänge im verlassenen Landtag und das Koalitionsrecht der Gemeinde und Staatsarbeiter“ erarbeitete Genosse J. Timm ein instruktives Referat, das den Delegierten Aufklärung brachte über die Motive und Haltung des Zentrums im nünnehr aufgelösten bayerischen Landesparlament. Nachdem die Staatsarbeiter mehr und mehr das Zentrum-joch abschütteln und sich zwecks Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage den freien Organisationen anschließen, sollten sie durch bräutere Unterbindung der Koalitionsfreiheit wieder in die Horigkeit des Zentrums zurück gerieten werden. Wenn Zweifel behände darüber, daß die Gemeindearbeiter ähnlich behandelt werden wären, wenn das Zentrum auf die Staatsarbeiter geschickt wäre. Es ist deshalb Aufgabe der Gemeinde- und Staatsarbeiter allerwärts, ihre Rechte im Interesse der Selbsthaltung bis zum äusseren zu verteidigen und mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß dem arbeitgeberfeindlichen Zentrum bei den kommenden Wahlen die verdiente Quittung zuteil werde. Der Vertrag wurde mit Beifall aufgenommen. — Es folgte der Bericht des Gauleiters. Daran schloß sich der Bericht des Vorstandes der Filiale München, insbesondere der Anschluß einer Anzahl staturmäßiger Gemeindebediensteter sowie des Sanitätspersonals. Auch unter dem Personal der Krankenanstalten wurden in letzter Zeit befriedigende Fortschritte gemacht. Diefelbe günstige Aufwärtsentwicklung sei leider im Gau — einzelne Filialen ausgenommen — nicht zu verzeichnen. In mancher Filiale fehlt es zunächst an Kollegen, die aus eigenem Antrieb und Ehrgeiz fördernd auf die Bewegung einwirken, wie man das allgemein wohl erwarten dürfte. Es sei deshalb ermahnt, die Pflicht aller Vertrauensleute und Funktionäre, unermüdet in der Agitation zu sein. Zum Kapitel „Lohnbewegungen“ streifte der Gauleiter das offenbar auf gegenseitigem Nebereinkommen der kleineren Städte beruhende Wettrennen, an der Stelle des Tagelohnes die Stundenlöhne einzuführen und auf speziellem Gebiete alle Jugendarbeit zu verweigern. Eine recht beachtenswerte Rolle habe hier Bad Reichenhall gespielt. In solchen Fällen sei die Verbandsleitung stets in einer sehr wichtigen Lage; handelt es sich doch meist um zum Teil sogar unzahlige Kollegen, mit denen man nicht gut in den Kampf ziehen kann, wie wohl das oft die beste Antwort auf die Weislaufe dieser Stadtverwaltungen wäre. Bezüglich der Staatsarbeiter sollen die durch die Auflösung gegenseitig gewordenen Anträge beim Verbandsparlament (Ende Februar) wieder eingebracht werden. Für die bei der Stadt München beschäftigten Arbeiter wurden zwar Verbesserungen in Lohn usw. erzielt, die sich nach unerwarteter Verednung wohl annähernd um jährlich eine Million Mark belaufen. Aber auch hier liegt noch gar manches im arge. Tragen nicht alle Anzeichen, so werden bei den zum Jahr 1912 eingebrachten Forderungen Ausnahmestellungen erweiterter Natur nicht erspart bleiben. Die Münchener Kollegen tragen in dieser Hinsicht einen recht merkwürdigen und durchaus nicht angebrachten Optimismus zur Schau, der vielleicht daher kommen mag, daß die Ertragsverhältnisse der letzten Jahre ziemlich leichten Maasses erzielt wurden. Der Gauleiter warnt davor, daß sich die einzelnen Zellen zuviel Spezialwünsche hegen, die eben dann auch Wirklichkeit werden würden, während andererseits die Gesamtbewegung erlahmt wird. Schließlich der zukünftigen Bearbeitung und Einreichung des Gauess lag ein Wunsch vor, lieber zur Filiale Pöhlham gehörigen jährlichen Schlichter und Gauand Tagelöhner vor, gleichwohl Gründung einer eigenen Filiale für Schlichter und ebenso auch für Gauand-Tagelöhner. In Anbetracht der vorliegenden Entfernung sei dieser Wunsch wohl berechtigt. Die Filiale München wünscht, daß München vom Gau abtrennt und mit dem Verbandsvorstand ein ähnliches Abkommen getroffen wird, wie das für Berlin und Hamburg besteht. Seitens des Gauleiters fanden die eingehenden Beschlüsse entsprechende Erläuterung. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen des Gauleiters folgte eine rege Diskussion, in der ausnahmslos der bisherigen Tätigkeit des Gauleiters Anerkennung gezollt wurde. Die Delegierten der auswärtigen Filialen wandten sich scharf gegen den Antrag München, der offenbar darauf hinauslaute, Gauleiter Zebold ganz für München festzulegen und ihn dem Gau volla zu entziehen. Das Ergebnis der Aussprache bildete ein an den Verbandsverband zu richtender Antrag des Inhalts, daß der Gauleiter neben der Bearbeitung des Gauess auch die Geschäfte der Filiale München leiten und ihm seitens des Verbandsverbandes eine in juristischen Arbeiten gewandte Hilfskraft an die Seite gestellt werden solle. Punkt 4 wurden zur Beratung die vom Verbandsrat 1912 vorliegenden Anträge. Aufser der diesbezüglichen Vorlage des Verbandsverbandes war noch ein Antrag Kaiser München eingegangen, der zweck: Einräumung der Agitation wünscht, daß angereichertere Mitglieder beim Wiedereintritt 9 Wochenbeiträge nachzahlen hätten, ohne daß dies angerechnet werden; außerdem soll Mitgliedern mit über 11 rückständigen Wochenbeiträgen zum gestattet sein, durch Nachzahlung der fälligen Beiträge die Mitglieds-

schaft aufrechtzuerhalten, doch sollen in diesem Falle alle Unterstellungen für das nächstfolgende Halbjahr gesperrt bleiben. Der Gauleiter erörterte die Finanzlage des Verbandes, die dazu zwingt, der Hauptkasse größere Einnahmen zuzuführen. Dies scheint um so angezeigter, als durchaus nicht ausgeschlossen sei, daß zukünftig zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Städten schärfere Maßnahmen angewendet werden müssen. — Die Diskussion bewegte sich auch hier in sehr sachlicher und würdiger Weise; allgemein wurde zugesehen, daß die diesbezügliche Vorlage des Verbandsverbandes (die demnächst veröffentlicht wird) zu akzeptieren sei. Seitens der Filiale München wurde jedoch gewünscht, daß der Verbandsrat die Beiträge nur soweit erhöhen wolle, daß es der Filiale auch zukünftig möglich sei, mit ihrem derzeitigen Wochenbeitrag von 50 Pf. durchzukommen. Der Antrag Kaiser München fand Ablehnung. — Zum Schluß gelangten noch einige Angelegenheiten der Filialverwaltungen, die Ausfertigung der Berichte über Lohnbewegungen, die Arbeitslosenstatistik, Anschaffung von Kontrollkarten usw. zur Besprechung. — Die Delegierten folgten größtenteils jedoch der Einladung der Filiale München, die an diesem Tage in den Räumen des „Colosseum“ das jährliche Stiftungsfest ihres Vereines beging. Der Eindruck der Gaukonferenz war ein durchaus günstiger, und ist zu erwarten, daß die Delegierten in ihren Filialen und Zellen das dort Gehörte auch fruchtbringend verwenden.

Haidach Zenthofen. Im Gasthaus zum Adler tagte am 24. Dezember eine gut besuchte Versammlung der Wasserbau- und Maltzwerker. Kollege Weigl Angeburg referierte über: „Die Bedeutung der Wahlen für die staatlichen Arbeiter“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In einem weiteren Punkt wurde über eine Petition berichtet, die in verschiedenen Punkten ablehnend beschieden wurde. Nur einige Anträge wurden berücksichtigt, darunter auch jener, der die Vergütung der angenehmen Arbeitsstunden vorschlägt. Es ist dies zu beklagen, da die Arbeiter gerade in dieser Beziehung früher immer schädigt waren. Unter Punkt Berücksichtigung wurde die Gauleitung durch einstimmig gefassten Bescheid beauftragt, neuerdings an die Schlichterleitung im Waidhausverhandlungen und an das Malzwerksamt um Verbesserung der Lohns heranzutreten. Dann fand die Versammlung ihren Abschluß. Josef Weigl.

Dresden. In den letzten Tagen fanden hier die Wahlen der Arbeiterausschüsse statt. Zu wählen waren in 12 Gruppen je 6 Vertreter und je 2 Stellvertreter. Gewählt wurden in allen Gruppen, mit Ausnahme der 2 Gruppen der Maurer- und Steinseher, die von unserer Leitung vorgeschlagenen. In der Gruppe der Steinseher und Hammer wurden die vom Verband der Steinseher vorgeschlagenen Mandatanten gewählt. Auch in der Gruppe der Maurer und Poliere gab es 4 Vertreter unserer Verbände an. Es sind von den eingetragten gewählten 72 Vertretern 69 organisiert, davon 63 in unserem Verbande. Als Mandatant soll noch bemerkt werden, daß in der Gruppe der Laternenmacher einige Gegenwärtige sich den Voraus einer Sonderliste leiten. Nun, sie haben glänzend gezeigt. Nicht einmal einen Stellvertreter konnten sie erhalten. Während unsere Liste mit 77 78 Stimmen in der ersten Altersabteilung und mit 38 41 in der zweiten Altersabteilung gewählt wurde, erhielten die Herren von der „nationalen“ Gewerkschaft ganz 18 bzw. 6 Stimmen! Die Laternenmacher haben damit den Cuertreibern eine beachtliche Anzahl zuteil werden lassen und bedauert, daß sie auf die „naive alte“ Weise nicht durchfallen.

Treiberg (Sachsen). Im Hotel „1911“ nahmen unsere Kollegen an die Stadtverwaltung das Ersuchen, angesichts der hohen Lebensmittelpreise eine entsprechende Lohnverbesserung eintreten zu lassen. Wie immer, so auch diesmal, wurde die Entscheidung unseres Gewerkschafts vom Stadtrat auf die lange Bank geschoben, so daß wir uns zu Anfang Dezember genötigt sahen, einmal anzutragen, was denn nun eigentlich werde. Der Stadtrat antwortete darauf, der Gesamtrat habe wohl Bescheid gefasst wie der Reichsrat laute, verschweig er aber die Stadtverordneten müßten auch zu der Sache Stellung nehmen. In ihrer Sitzung vom 20. Dezember endlich erklärten die Stadtverordneten die Vorlage in der bekannten freigelegten Weise. Nach langem Hin und Her, mit Ad und Aber gestärkten sie der Ratvorlage zu, wonach die Kantonsarbeiter eine ganz geringe Pienning pro Stunde erhalten. Die Arbeiter der Gesamtheit bekommen nichts, denn die brauchen nichts, weil, wie der Referent sagte, diese durch die Verkürzung der Arbeitszeit schon eine Aufbesserung erfahren hätten! Was dann seien die Väter in der Gesamtheit recht hoch. Zum Beweise dessen suchte er die Väter von sechs Angestellten der Gesamtheit an. Diese hatten Jahresgehälter von 1725, 1684, 1623, 1575, 1400 und 1300 Mk. zu verdienen. Sie wollten nicht beantragen, daß diese Jahresgehälter erreicht werden, aber leider nicht von Arbeitern, sondern von gelehrten Berufsarbeitern. Und dann sind in der Gesamtheit nur 6, sondern etwa 30 Arbeiter feilschhaft. Nun, diese Pienningzulage der Väter war selbst einigen Stadtvätern zu wenig angesehen. Der Laibsch, daß der Stundenlohn der Kantonsarbeiter mit 33 Pf. betragt und daß gerade diese im Winter mit bedeutend verlängerter Arbeitszeit zu rechnen haben. Zu beachten ist hier ferner noch, daß die Kantonsarbeiter im vorangehenden Jahre durch die Verkürzung der Arbeitszeit einen Lohnausfall erlitten haben, der bei einzelnen

Die Unter- bleiben, die en. Dies lassen sei, ersäunisse et werden sächlicher die dies- ächt ver- München te nur so- ählich sei, aufommen. In Schluß ungen, die eutlosien- dnung. — ndung der unen des is beging- iger, und und Sek-

m 24. De- d Kultur- Bedeutung wurde mit ist wurde ablehnend achtsamig. n Arbeit- gerade der Punkt getreten im Will- üng der Anschlag. Weal.

Entwahlen ruppen je in allen nd Stein- in der Verband d in der nmerem Vertreter eam soll der einige Am, sie t konnten n in der n Alters- thonalen" der haben den lassen anstellen. e wußten n Verzeu- n lassen. des Ge- war uns wa, denn e Gesamt- te, ver- der Sache e endlich ica freid- and Aber e einen e-anität Referent die Auf- ebe von e dienste ependen. e recht eferenten t nur 6, natsulage chts, der e 31 Pf. eilfarger nom, daß e nung emgeln

sich auf 20 Pf. pro Tag beläuft. Doch es nützte alles nichts, und schließlich verstummten die Kritiker, als der Herr Fabrikant künstlicher Lungentmittel, der Herr Schippan, auftrat und eindringlich vor einer höheren Zulage warnte, weil sonst die übrigen privaten Arbeitgeber auch genötigt würden, in diesen schweren Zeiten ihren Arbeitssklaven höhere Löhne zu gewähren. Zum Löhne-in-die-Höhe treiben wäre die Stadt wirklich nicht da! Ist doch ein Prachtstück der Herr Schippan; wäre er vielleicht Reichstagskandidat, die Stimmen der städtischen Arbeiter würde er zweifellos erhalten. Denn hauptsächlich seinem Eingreifen in die Debatte haben es die städtischen Bauamtsarbeiter zu verdanken, daß nicht mehr bewilligt worden ist. Daraus können unsere Kollegen wieder einmal ersehen, wo sie ihre wahren Freunde zu suchen haben.

Freiburg i. B. Ein häßliches Spiel treibt seit 2 Jahren der ehemalige Vorsitzende unserer Filiale, der Gaswerksbeizer Karl Arnold. Er, der sich früher als unentwegter Gewerkschaftler und Parteigenosse aufspielte, gelegentlich auch die Abtinenten, die Wasserpostel, wie er sich ausdrückte, warnte, während er selbst nicht immer der Wäpfigste war, trat infolge Weiberhändel aus der Organisation aus. Seitdem läßt er keine Gelegenheit vorübergehen, die Filiale zu schädigen. Selbst als der Achtstundentag endlich erreicht war, brachte es Arnold fertig, über diese Erregungsdiaht, die er doch selbst noch mitpropagiert hatte, zu kimpfen. Vor kurzem hatte nun unser früherer Filialkassierer Leiter das Unglück, daß ihm Kinder Geld entwendeten. Diese Tat- sache ist behördlich festgestellt. Sofort war auch Arnold und seine Frau bei der Hand. Sie schürten die Erregung der Mitglieder, indem die Frau unseres Vorsitzenden Hoffmann verdächtigt wurde. Daraufhin lud Hoffmann den Arnold vor das Subtribunal, wo er eine Verurteilung ausdrücklich zurücknahm. Das amtliche Protokoll über die Verhandlungen lautet u. a.: „1. Der Beschuldigte nimmt die beleidigenden Äußerungen, soweit sie überhaupt gefallen sind, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. 2. Der Beschuldigte ersucht dem Klagen den Teil der Kosten des Verfahrens, welche auf 1,80 RM. festgesetzt werden. 3. Der Privatkläger verzichtet auf sein weiteres Mlagerecht. Vorgelesen und genehmigt: Karl Arnold, B. Hoffmann, (2. Bürgermeister) Riedel. Arnold bestor also glatt. Nach der Verhandlung auf der Strafe wollte Arnold mit Hoffmann die alte Freundschaft erneuern, auf die Hoffmann auch unter gewissen Einschränkungen einging. Weiter machte Arnold den Kollegen Hoffmann zu bestimmen, über die Ver- bindung Stillschweigen zu bewahren, was Hoffmann jedoch ablehnte. Trotzdem aber besah Arnold die Mühseligkeit, im Gaswerk zu erklären, Hoffmann sei der Unterlegene, denn er habe seine Klage zurückgezogen und habe ihm nichts anhaben können. Den Gasmeister, den Arnold einmal als „ganz sichere Quelle“ bezeich- nete, orientierte er in der gleichen falschen Weise. Darob natürlich erneut große Aufregung unter den Kollegen, bis durch den Gau- leiter in der letzten Mitgliederversammlung Klarheit geschaffen und die Veröffentlichung des Protokolls beschlossen wurde. Mögen nun die Kollegen daraus die Lehre ziehen, daß man erst seiner Erbsverwaltung glaubt und vertraut, ehe man sich von einem Gegner unwahre Geschichten erzählen läßt.

Offenbach am Main. In der am 6. Januar abgehaltenen Generalversammlung verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Ver- bandsvorstandes, worin die Kollegen ersucht werden, die statistische Kundnahme über Arbeiterbudgets im Notizkalender 1912 auszu- führen. Am Jahresluß sind diese dem Hauptvorstand zur Ver- fahrung zu stellen. Dann wurde von einem Schreiben der Tabak- zweier Kenntnis gegeben, worin um weitere Unterstützung nach- gesucht wird. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab eine Gesamt- einnahme von 1604,35 RM., eine Gesamtausgabe von 1546,33 RM. Die Jahresabrechnung ergibt: Gesamteinnahme 1111. Beiand 6495,16 RM., Gesamtausgabe 5272,10 RM., bleibt Bestand 1223,06 RM. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1911 281. Das ist ein Mehr von 70 gegenüber dem Vorjahr. Den Kartell- bericht gab Kollege Heiliger. Die hierauf vorgenommene Vor- standswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vor- standes. Für die außerordentliche Tabakarbeiter wird laut Beschluß ein monatlicher Extrabeitrag von 20 Pf. erhoben.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Am Jahresrückblick des „Korrespondenzblattes“ werden auch die Lohnbewegungen zusammenfassend behandelt, wobei fol- gende durchaus zutreffende Charakteristik erfolgt: „Bedenklicher dagegen sind gewisse Erscheinungen, die in den letzten Jahren beim Abschluß von Lohnbewegungen und Kämpfen zur Folge traten und die sich geradezu häuften. Mehr- fach sind in Versammlungen, die über die einzustellenden Situationen zu entscheiden hatten, die Leiter und Anwälte der Organisation aus der Mitte der Versammelten in größtmöglicher Weise beidmüßig, des Rrats und der Vertretung bezichtigt und sogar nieder- geschrien worden. Dabei handelt es sich um das Vorgehen turbu- lenter Elemente gegenüber Kollegen, die in ihrer Vertretungs- organisation eine Lebensarbeit zum Wohle der Gesamtheit geleistet haben,

die das Vertrauen der Kollegenschaft zu ihrem Posten berief und die auch heute noch ungewisselhaft das volle Vertrauen der großen Mehrheit der Kollegenschaft genießen. Ein unfähig bitteres Ge- fühl muß sich dieser Arbeitervertreter bemächtigen, die gerade in der verantwortungsvollsten Stunde ihres Lebens, wo von ihrem ehrlchem Rat die Lebensinteressen von Tausenden und das Inter- esse des ganzen Verbandes abhängt, schußlos solchen Verun- glimpfungen preisgegeben sind. Es läßt sich verstehen, daß ange- sichts solcher Erscheinungen das Problem der „Massen und Führer“ in ernsthafte Erwägung gezogen und die Entscheidung über den Ab- schluß von Kämpfen mehr und mehr dem Votum zufällig zu- sammengesetzter Versammlungen entzogen wird. Daß die verant- wortlichen Gewerkschaftsleitungen nicht die Hand dazu bieten können, die Organisation einzelnen unverantwortlichen Versamm- lungsführern auszuliefern, liegt klar auf der Hand, denn sie haben der Generalversammlung Redenschaft über ihre Wahrung der Verbandsinteressen abzulegen und würden dort schlecht bestehen, wenn sie in gefährlichen Situationen das Schiff steuerlos mit dem Strome treiben lassen. Je mehr sich also bei dem Abschluß von Lohnkämpfen der Anflug der Verunglimpfung und Anpöbelung gegenüber Verbandsvertretern in Versammlungen breitmacht, desto entscheidener ist darauf zu dringen, die Gewerkschaftsjahrgänge dahin zu regeln, daß nur Vertreterversammlungen über solche Situationen zu entscheiden haben. Im übrigen kann nicht dringend genug geraten werden, ein wachjames Auge auf die anarchofischen Elemente zu haben, die der Massenstrom von Jahr zu Jahr in immer größerer Zahl den Gewerkschaften zu- führt und die mehr desorganisierend, zerstörend wirken. Schädigen sie das Gesamtinteresse der Organisation durch Hebe gegen die verantwortlichen Verbandsleiter und durch Verunglimpfung derselben in Versammlungen, dann gehe man rücksichtslos gegen diese Leute vor, ehe es zu spät ist. Hand in Hand mit dieser Reinigungsarbeit muß eine nachhaltige Erziehungsarbeit einsetzen, die imstande ist, die Tausende neugewonnener Mitglieder zu guten, wohldisziplinierten Gewerkschaftskämpfern zu machen. Ohne Or- ganisationsdisziplin können Gewerkschaftskämpfe nicht erfolgreich geführt werden, das gilt bei der gegenwärtigen Miss- anbeziehung der Kämpfe und gegenüber den machtvollen Arbeit- geberverbänden mehr als je zuvor. In solchen Kämpfen ist kein Platz für Nörgler und Quertreiber, die ihr Handwerk besser außerhalb als in der Gewerkschaft betreiben.“

Internationale Rundschau

Achtstundentag für die Diamantarbeiter der ganzen Welt. Mit dem 1. Oktober 1911 ist für die Diamantarbeiter von Amster- dam, Frankreich, Schweiz und London der Achtstundentag zur Durchführung gelangt. Am 1. Januar 1912 erfolgte die Ein- führung in Deutschland. Vor dem 1. Oktober 1911 war diese Ar- beitszeit bereits in Amerika und Antwerpen eingeführt. Damit ist der Achtstundentag für die Diamantarbeiter aller Zentren der Diamantindustrie errungen. — Bravo!

Der achte internationale Gewerkschaftsbericht. Seit dem Jahre 1904 gibt der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen seinen Bericht über die Entwicklung der Organisa- tionen in verschiedenen Ländern heraus. Nur langsam konnte dies schwierige Unterfangen zu einiger Vollständigkeit gebrchen. Die im August 1911 in Budapest abgehaltene siebente internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen hatte beschlossen, daß der internatio- nale Bericht vor Schluß des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres erscheinen soll, ohne Rücksicht darauf, ob die Berichte aller Landes- zentralen zur Stelle sind. Es fehlen in der am 29. November vorigen Jahres abgeschlossenen Zusammenstellung denn auch die Einzelberichte aus Belgien, Bulgarien, Rumänien und den Ver- einigten Staaten. Aber auch aus den Ländern, die jetzt für das Jahr 1910 berichtet haben, vermißt man wichtige Einzelheiten, so namentlich die erforderlichen Mitteilungen über das Massenwesen. Im Bericht für 1909 war angegeben, daß in den Ländern, für welche Zahlen veröffentlicht worden sind, insgesamt 9845243 Ge- werkschaftsmitglieder vorhanden waren, gegenüber 9308157 im Jahre 1908. Wenn für die Länder, von denen Berichte für 1910 nicht vorliegen, die Zahlen des Vorjahres eingesetzt werden, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 10 089 430 Gewerk- schaftsmittglieder. Von diesen entfallen auf die Zahlen in Klammern sind die für das Jahr 1909: Deutschland 2 688 114 (2 447 578), England 2 317 161 (2 106 716), Ver- einigte Staaten 1 710 433 (1 710 433), Frankreich 977 350 (977 350), Italien 783 338 (783 338), Oesterreich 451 230 (451 401), Niederlande 113 850 (115 000), Belgien 138 928 (138 928), Dänemark 123 861 (121 255), Schweden 121 810 (118 619), Schweiz 93 797 (112 613), Ungarn 86 774 (85 266), Norwegen 47 453 (44 223), Spanien 10 984 (10 984), Finnland 24 928 (24 928), Bulgarien 18 753 (18 753), Serbien 7 118 (4 162), Australien 6 895 (4 341), Bosnien- Serzegowina 6 260 (4 170). Für Australien sind eben-

falls nach den Angaben des Vorjahres 230 298, desgleichen für Argentinien 22 457 Mitglieder berechnet. Die Angaben über Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften sind, wie schon erwähnt worden, sehr unvollständig. Sie erstrecken sich nur auf 14 Länder mit 5 315 402 Mitgliedern; es fehlen Angaben für 5 Länder mit rund 4 500 000 Mitgliedern. Es wurden in England, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Bosnien, Kroatien, Ungarn, Serbien, der Schweiz und Italien insgesamt 148 635 057 Mark vereinnahmt und 140 010 680 Mark verausgabt. Der Vermögensbestand dieser Länder betrug am Schlusse des Jahres 1910 zusammen 187 991 935 Mark. Für Unterstützungen wurden 69 694 503 Mk. verausgabt, für Streiks und Aussperrungen 27 862 400 Mk. Unter den Unterstützungen steht die bei Arbeitslosigkeit mit 29 416 312 Mk. an erster Stelle; dann folgt die Krankenunterstützung mit 21 220 155 Mk., die Invalidenunterstützung mit 8 671 314 Mk., die Reiseunterstützung mit 4 186 499 Mk., Sterbegeld mit 3 734 427 Mk. und sonstige Unterstützung mit 2 456 796 Mk. In nun auch noch außerordentlich viel zu arbeiten, bis in den hauptsächlichsten Kulturländern der Erde das Organisationswesen den Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen ist, so darf andererseits nicht der beträchtliche Fortschritt verkannt werden, der innerhalb weniger Jahre gemacht wurde. Im Jahre 1904 waren dem Internationalen Sekretariat erst 12 Landeszentralen mit 2 333 261 Mitgliedern angeschlossen, im Jahre 1910 hingegen 19 Zentralen mit 6 212 406 Mitgliedern. „Berücksichtigt man“, so heißt es in dem vorliegenden Bericht, „daß in den einzelnen Ländern der Stand der Entwicklung der Organisation und die Tendenz und die Taktik der Gewerkschaften eine äußerst verschiedene ist, so kann man von einem großen Fortschritt auf internationalem Gebiet in verhältnismäßig kurzer Zeit sprechen.“ Die deutsche Arbeiterkraft aber kann stolz darauf sein, daß sie zu diesem Fortschritt in erster Reihe beigetragen hat und auch hier in den meisten Stücken für die übrigen Länder vorbildlich geworden ist.

Amerika. Der 31. Kongreß des amerikanischen Arbeiterbundes (American Federation of Labor) tagte vom 13. bis 24. November 1911 in Atlanta (Georgia). Den Jahresbericht gaben der Präsident des Bundes S. Gompers und der Sekretär Morrison. Gompers, der sich über Aufgaben und Taktik der amerikanischen Gewerkschaften verbreitete, betonte, daß die hauptsächlichste Aufgabe der Gewerkschaften in dem Arbeiter jetzt zu sehen, seinen Lohn zu erhöhen, seine Arbeitszeit zu verkürzen, seine Gesundheit und sein Leben zu schützen und ihn von jeglicher Tyrannei zu befreien. Die Lohnfrage, sein Dasein zur Sklaverei zu machen. Der Arbeiterbund hat sich immer geweiht, diese Ueberzeugung preiszugeben und dafür „einem der vielen gesellschaftsdingenden oder gesellschaftserschütternden Projekte Kulturs zu leihen“, die in Amerika fortwährend auftauchen und wieder verschwinden. Die Geschichte der Arbeiterbewegung Europas in den letzten Jahren zeigt den Rückzug aus dem Volkensland Utopia und eine Annäherung an die Taktik des amerikanischen Arbeiterbundes. Die Umwälzung kommt durch Reformen, nicht durch gesellschaftliche Katastrophen. . . . Die größtmögliche persönliche Freiheit, die Abschaffung der Armut, die beste Produktionsweise und die gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes wird zu erreichen sein, in dem man das Beste behält, das die Zivilisation bietet und nach und nach alle ihre Auswüchse beseitigt.“ Morrison berichtete, daß die Mitgliederzahl der zum Arbeiterbund gehörigen Zentralverbände und Lokalvereine 176 611 September 1911 betrug. Das sind 123 738 mehr als im September 1910. Neu angeschlossen haben sich die Erzbergarbeiter mit 51 300 Mitgliedern, der Verband der Schieferarbeiter und der Verband der Schaupisler. Den Bericht von der internationalen Gewerkschaftskonferenz gab James Duncan. Von der deutschen Gewerkschaftsbewegung meinte er, daß sie in manchen Beziehungen der amerikanischen weit voraus sei, in anderer Hinsicht dieser aber nachstehe. Er erwähnte auch die starke politische Organisation der deutschen Arbeiterkraft, die sozialdemokratische Partei, sowie deren harmonisches Zusammenwirken mit den freien Gewerkschaften. Ueber die christlichen Gewerkschaften in Deutschland sprach sich Duncan sehr abfällig aus; denn er gehört zu jenen Amerikanern, die den Beziehungen auf „Verbrüderung“ der Gewerkschafter und des Mlerus ziemlich skeptisch gegenüberstehen. Ein Beschluß erhob den Beitrag der Verbände an den Arbeiterbund von 1/2 auf 2/3 Cents (1 Pf. pro Mitglied und Monat. Ein weiterer Beschluß verdammt es, wenn organisierte Arbeiter von Gewerkschaften erzeugte Waren nicht kaufen oder Gewerkschafter nicht beschäftigen. Drei Resolutionen über die Einbeziehung wurden mit 11 851 gegen 4 924 Stimmen abgelehnt. Die Debatte darüber wird als Prozedura herausgegeben und im ganzen Lande verbreitet. Alsdann wurde einem Antrag der Minister zugestimmt, der verlangt, daß die Konturen der Militär und Marineminister verboten würde. Eine Resolution, die die Einschränkung des Baues von Kriegsschiffen verlangt, wurde abgelehnt, hingegen ein Antrag angenommen, wonach diese nur auf Regierungswerten zu bauen sind. Ein Beschluß beauftragt den Vorstand, dahin zu wirken, daß in alle Monarchie betr.

Stromregulierungen, Anlage von Kanälen, Befestigungen usw. die Achtstundentagsklausel aufgenommen wird. Das Verlangen, das Einwanderungsverbot, das jetzt nur Chinesen betrifft, auf alle „eingeborenen Rassen Asiens“ auszudehnen, wurde wiederholt. — Es sei noch der Beschluß erwähnt, der der Sozialist Party die Unterstützung der Gewerkschaften bei den Gemeindevahlen in Los Angeles zusichert.

Belgien. Wie alljährlich, so fand auch 1911 der Gewerkschaftskongreß zu Weihnachten in Brüssel statt. Die sehr umfangreiche Tagesordnung wurde nicht erledigt und beschlossen, in drei Monaten einen eintägigen Kongreß abzuhalten. Von den sonstigen Beschlüssen heben wir hervor: 1. In Anbetracht dessen, daß es Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter in eigenen Lande zu fördern, beschließt der Kongreß, daß die Gewerkschaftskommission im Ausdruß zur Ueberwachung und Förderung der Arbeiterauswanderung nach Katanga (Kongo) nicht vertreten sein darf. 2. Zur Förderung der Zentralisation spricht der Kongreß den Wunsch aus, daß die der Gewerkschaftskommission noch fernstehenden freien Gewerkschaften zusammenkommen, um die Frage der Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu untersuchen. 3. Der Kongreß brandmarkt die schändliche Beurteilung der sozialistischen Abgeordneten der zweiten Duma vom Jahre 1907. 4. Der von den Behörden subventionierte gewerbliche Unterricht soll von den Gewerkschaften finanziell unter der Bedingung unterstützt werden, daß Arbeiterabgeordnete in die Verwaltungs- bzw. Ueberwachungsausschüsse der Gewerkschaften eintreten. 5. Es soll eine rege Propaganda für die Freitaglohnzahlung und den Arbeitsschluß am Sonnabend mittag entfaltet werden. 6. Gegen den Gesetzentwurf über die kollektiven Arbeitsverträge, welcher den Gewerkschaften die Zahlung von Entschädigungen bis zu 25 Frank auferlegen will, wenn ihre Mitglieder gegen die kollektiven Arbeitsverträge verstoßen, wurde Verwahrung eingelegt. Die Arbeitervertreter im Parlament wurden aufgefordert, sich diesem Entwurf mit allen Mitteln und Kräften zu widersetzen.

Frankreich. Hier besteht eine Arbeitslosenunterstützung in der Form, daß der Staat an Vereinigungen, die die Unterbringung ihrer Mitglieder bei Arbeitslosigkeit in ihr Programm aufgenommen haben oder diesen Zweck ausschließlich verfolgen, Zuschüsse gewährt. Es ist für diese Zuwendungen eine Summe von 100 000 Frank jährlich ausgeworfen worden, die aber noch niemals erreicht wurde. Es hängt dies in erster Linie damit zusammen, daß die Unterbringungen nur bei „unverschuldeter Arbeitslosigkeit“ gewährt werden, bei Arbeitslosigkeit infolge Streiks oder Aussperrung also weggelassen. Im Jahre 1910 betrug der staatliche Zuschuß an die Arbeitslosenstellen 42 575 Frank, gegen 42 025 Frank im Jahre vorher. Während des ersten Halbjahres wurden 83 Fonds bedacht, während des zweiten 99 Fonds. Von der Gesamtsumme wurden 40 050 Frank an 66 Massen verteilt, die Arbeitslosenunterstützung nur an die Angehörigen bestimmter Gewerbegruppen bezahlten. Die Zahl der Mitglieder dieser Massen betrug 36 922, von denen im letzten Jahre 655 Arbeitslosenunterstützung erhielten. Davon entfielen auf das Buchdruckerergewerbe 2909 Arbeitslose und 21 750 Frank Zuschuß, auf die Textilindustrie 1831 Arbeitslose und 4950 Frank, auf die Metallindustrie 542 Arbeitslose und 4950 Frank, auf das Handels- und Transportergewerbe 303 Arbeitslose und 3500 Frank, auf die Papiererei 187 Arbeitslose und 3250 Frank, auf die Lederindustrie 268 Arbeitslose und 1825 Frank, auf das Pelzindustrieergewerbe 188 Arbeitslose und 1500 Frank und auf andere Gewerbe 357 Arbeitslose und 815 Frank. Eine große praktische Bedeutung hat die staatliche Arbeitslosenunterstützung in Frankreich, wie aus diesen Zahlen hervorgeht, mehr.

Rundschau

Gewerkschaftsversammlung unter Polizeiaufsicht? Am 4. Januar d. J. erschienen in einer von meinem Verband in K a t h e n o w einberufenen Versammlung zwei Polizeibeamte zur Ueberwachung. Zu der Versammlung waren nur Berufsangehörige durch besondere Einladungszettel geladen. Ueber ihre Anwesenheit befragt, erklärten die Beamten, daß sie vom Polizeichef den Auftrag hätten, die Versammlung zu überwachen. Offenbar handelt es sich um eine Einschüchterung unserer Organisationsbestrebungen. Gegen die gleichwidrige Einmischung der Polizei wird selbstverständlich Beschwerde erhoben werden.

Die Rüstungsfahr. Wiederholt stand das deutsche Volk am Vorabend eines Krieges, zuletzt im verflochtenen Sommer bei der Entsendung des „Panthers“ nach Madrid. Daß die Entscheidung an einem Faden hing, ging durch die Veröffentlichungen der letzten Zeit, sowohl der deutschen, als auch der englischen Regierung klar hervor. Die Folge dieser Vorkommnisse wird sein, weitere Rüstungen haben wie druben. Es darf als jeder angenommen werden, daß dem neu zu wählenden Reichstag bald nach seinem Zusammentritt eine neue Flottenvorlage zugehen wird. Es wird ja von unseren Kriegshebern immer behauptet, daß durch eine Vermehrung des Deeres und der Flotte der Friede erhalten werde. Die Sache ist jedoch umgekehrt, jedes neue Kriegsschiff, jedes weitere

Regiment bedeutet neue Kriegsgefahr, führt uns dem Weltkrieg näher. Bezeichnend sind dabei die Auslassungen eines französischen Offiziers in einer von ihm verfaßten Broschüre, in der er die Frage behandelt: Abrüstung oder Krieg. Dieser Herr treibt unter dem Deckmantel für den Weltfrieden eine Kriegsgefahr schlimmster Art. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sich immer größere Gebiete zu erobern, die Welt zu beherrschen, um das Proletariat immer mehr ausbeuten zu können. Die Parole der Kriegsgefahr wird nach wie vor hüben wie drüben lauten: neue Regimenter, neue Schiffe, neue Waffengeräte, und die Kriegsgefahr rückt näher und näher. Eines aber sollen sich die Herren merken und besonders auch die deutsche Reichsregierung, denn auch ihr wird trotz aller Friedensbeteuerungen die große Masse des Volkes kein Vertrauen mehr entgegenbringen, der Ruf des internationalen Proletariats nach Abrüstung wird stärker denn je erschallen. Nur durch einmütigen Kampf der Proletarier aller Länder können die Kriegsgefahren beseitigt, die Rüstungen eingestellt werden.

Löhne und Lebensmittelpreise! Einen von Arbeiterhaft und Unabhängigkeit zeugenden großen Aufschwung begehrt die Volksherrschaft mit leidenschaftlicher Zuversicht und unwahrscheinlichen Behauptungen über Lohnsteigerungen und Lebensmittelpreiserhöhung. So behauptet die "Germania" -- Nr. 296 -- nach anderen agrarischen und schmerzhaften Blättern, der Lohn der Bergarbeiter habe sich innerhalb dreißig Jahren verdoppelt. Wie steht es damit? Die utopische Statistik reicht bis 1886 zurück. Sie ist, wie selbst Untersuchungsstellen angeben, als Vergleichsmaterial unbrauchbar, weil in diesen Jahren die Löhne ganz außerordentlich niedrig waren. Genaue Angaben enthält das Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund von einzelnen Bergwerksunternehmen. Als Stich nehmen wir die Angaben vom Eisenarbeiter Bergwerksverein. Danach betrug der Lohn pro Mann und Schicht:

Jahr:	1873	1886	1900	1907	1909
Mark:	4,41	2,97	4,40	5,09	4,76

Ansichts solcher Entwidlung von einer Verdoppelung der Löhne zu reden, bringen nur skrupellose Volksbeschwinder fertig. Weiter wird behauptet, die Lebensmittelpreise seien weniger stark als die Löhne gestiegen. Dabei stützt man sich auf Berechnungen Calvert. Auch diese Behauptung stimmt nicht. Benutzen wir Calvert's Berechnung über den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie, dann resultieren diese Summen (in Mark):

	1900	1905	Januar 1911	November 1911
	20,44	21,98	23,50	24,64

Danach ist, wenn man für 1911 mit einem Durchschnitt von nur 24 Mk. rechnet, der Lebensmittelaufwand um 20,5 Proz. gestiegen. Dagegen macht die Lohnsteigerung für die Bergarbeiter in derselben Zeit nur 8,2 Proz. aus. Mit den Phantasiengaben über Löhne will man die Arbeiter aufheben!

Verjährungsfristen. Die Rechtsordnung setzt Verjährungsfristen fest, jedoch nicht für alle Rechtsverhältnisse. Ausgeschlossen von der Verjährung sind insbesondere Ansprüche aus einem familienrechtlichen Verhältnis, auf Aufhebung einer Gemeinschaft, auf Festsetzung des Grundbuches, aus eingetragenen Rechten (Zinsansprüche verjähren aber) und Ansprüche, die auf dem nachbarlichen Verhältnis beruhen. Die Verjährungsfrist ist für die verschiedenen Forderungen eine verschiedene. Nur für ausgelagerte Forderungen beträgt die Verjährungsfrist 30 Jahre, ausgenommen bei Hypotheken- und Zinsforderungen. Diese Ansprüche sind verjährt, wenn sie länger als vier Jahre zurückliegen, selbst dann, wenn sie unangetastet sind. Auch die regelmäßige Verjährungsfrist, z. B. für Darlehensforderungen, beträgt 30 Jahre. Die Frist rechnet vom Tage der Entstehung ab. Ein am 1. April 1912 fälliges Darlehen verjährt also mit Ablauf des 31. März 1942. Anders wird die Verjährungsfrist da berechnet, wo kürzere Verjährungsfristen eingeführt sind. Das trifft auf fast alle Forderungen zu, die im werktäglichen Leben entstehen. Für diese, einer zwei- und vierjährigen Verjährungsfrist unterliegenden Ansprüche wird die Frist vom Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung entstanden ist. Zum Beispiel verjährt eine Forderung auf Lohnzahlung aus einem Arbeitsverhältnis in zwei Jahren. Ist die Lohnforderung 1907 fällig geworden, so verjährt sie mit Ablauf des 31. Dezember 1909. Einer vierjährigen Verjährung unterliegen insbesondere die Forderungen der Manufakturen, Fabrikanten, Handwerker für Lieferung von Waren oder für Ausführung von Arbeiten, wenn die Leistung für den Gewerbetreibenden des Schuldners erfolgt ist, ferner für die Ansprüche auf Nachhand von Zinsen, von Miets- und Pachtzinsen, auf Rückstände von Renten, Auszahlungsleistungen, Besoldungen, Wartegeldern, Ausgehältern, Unterhaltungsbeiträgen und allen anderen wiederkehrenden Leistungen. Auch der Anspruch der Gemeinden und Raubbauverbände auf Erstattung von Armenunterstützungen, gleichviel ob der Anspruch an die Unterstützten oder an ersatzpflichtige Verwandte, verjährt nach rechtsgerichtlicher Entscheidung ebenfalls in vier Jahren. In zwei Jahren verjähren insbesondere die Ansprüche der Manufakturen, Fabrikanten, Handwerker und Kunstgewerbebetriebe für Warenlieferungen oder Ausführung von Arbeiten, ferner die Forderungen der Eisenbahnunternehmungen, Kraftfahrzeuge, Schiffe, Lohnführer und Voten, der Gastwirte und solcher

Personen, die Speisen und Getränke gewerbsmäßig verabreichen; diejenigen, die Lotterielose vertreiben; diejenigen, die im Privatdienst stehen, wegen des Gehalts, Lohnes oder anderer Dienstbezüge, der gewerblichen Arbeiter, Gesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Handarbeiter wegen des Lohnes und anderer an Stelle oder als Teil des Lohnes vereinbarten Leistungen, mit Einschluß der Auslagen, sowie der Arbeitgeber wegen der auf solche Ansprüche gewährten Vorschüsse, der Lehrherren und Lehrmeister wegen des Lehrgeldes und anderer im Lehrvertrag vereinbarter Leistungen sowie wegen der für die Lehrlinge bestrittenen Auslagen, der öffentlichen und privaten Unterrichts-, Erziehungs-, Pflege- und Heilanstalten, der Lehrer, Ärzte, Hebammen, Rechtsanwältinnen, Notare, Gerichtsvollzieher, Zeugen und Sachverständigen.

Die Verjährung wird gehemmt, wenn die Zahlung gestundet worden ist oder wenn der Schuldner aus einem anderen Grunde vorübergehend zur Verweigerung der Zahlung berechtigt ist oder wenn der Gläubiger an der Rechtsverfolgung verhindert ist. Verhinderung an der Rechtsverfolgung liegt nicht vor, wenn die Adresse des Schuldners unbekannt ist. Der Zeitraum, während dessen die Verjährung gehemmt ist, wird in der Verjährungsfrist nicht eingerechnet. Die Verjährung wird dadurch unterbrochen, daß der Schuldner dem Gläubiger gegenüber den Anspruch auf Abschlagszahlung, Zinszahlung, Sicherstellungsleistung oder in anderer Weise anerkennt oder falls Schuldner eine Abzahlung leistet. Die bloße Zusendung einer Rechnung oder sonstigen Mahnung unterbricht die Verjährung im allgemeinen nicht. Die Verjährung wird ferner dadurch unterbrochen, daß der Gläubiger gegen den Schuldner beim Gericht Klage erhebt oder den Erlaß eines Zahlungsbefehls beantragt. Nach Ablauf der Unterbrechung rechnet die Frist von neuem.

Ein Rudelweil. Die Herikale „Südhannoversche Volkszeitung“ in Duderstadt brachte am 28. Dezember 1911 dieses sinnige Gedicht, das wir ohne Kommentar auf seine Anfangsbuchstaben zu prüfen bitten:

Hoch das Zentrum!
 Wenn auch um den Zentrumsturm
 In der Bitterschlacht Bittersturm
 Rings die Schar der Feinde tobt,
 Steh wir fest und ohne Jaagen
 In des Kampfes heißen Tagen
 Immer wandend, sturmverobt,
 Daß das alte Banner fliege.
 Durch den Kampf zum neuen Siege.
 In des Glaubens Kraft gewiebt,
 Gintg in der Not der Zeit.
 Schrebt uns nicht der Feinde Schar,
 Leuchtend wird in aller Klarheit
 In dem Kampfe Recht und Wahrheit
 Mit uns streiten immerdar.
 Mit dem Kampfpanier zur Zeit
 Liegen wir im Weilerkreise.
 Trübt auch ohne Unterlaß
 Eine Flut von glühendem Haß
 Weder Gegner gummie Wit.
 Bei dem Volke, dessen Treue
 Ohne Wanken stets aufs neue
 Lobet auf zu heiliger Klut,
 Anspit der Feinde Dagheläster
 Zeiner Führer Band nur fester.
 Banner hoch und blank das Schwert
 Gintg im heißen Kampfe bewährt.
 Tragt ein heagetrobt Geschlecht,
 Nungam Feinde, erst die Stunde,
 Heber uns mit Gott im Bunde
 Gebt wir furchtbar ins Gesicht,
 Gintg noch lündend fernsten Jellen
 Halbwool von des Zentrums Strelten.

Wältliche Weltordnung! Der Reichstagsrat entbüllt die Massenvergiftung in einem Berliner Ubadlofenajahl als Weibnachtsgabe der gottgegebenen Weltordnung! Zehntausende, ärmer als wie der Sperling unter dem Dache, nächtigen in den Ashlen, wenn sie Glud haben, sonst sind Torbogen, öffentliche Anlagen usw. die Stätten, an denen sie ihr müdes Haupt niederlegen. Millionen Proletarier kaufen in stallähnlichen Wohnungen, in dampfen, licht- und luftlosen Kobern -- und einige wenige Bevorzugte nennen Kabinette, Bäder und Kelder in gewaltiger Ausdehnung ihr eigen. Millionen Volksgenossen verkommen in Not und Elend. Eine Illustration zum herrschenden Klassenelend liefert die folgende Zusammenstellung: Die Herzöge von West, Katibor, die Fürsten von Pleß, zu Stallberg Bernigerode und Prinz Dohentlohe, Angelfingen nennen allein 164 291 Hektar ihr eigen. 218 Großgrundbesitzer in Schlesien besitzen zusammen 419 939 Hektar. Herzog von West, Fürst Pleß, Prinz Dohentlohe, Frau Arup, Fürst Dendel, Donnersmark, Freiber v. Goldschmidt Rothbild, Ww. Rothbild, Graf Tiele Windler, Kommerzienrat Denschel, Ernst von Wendels, John, Freiber von Stumm, Stimm's und Tossen hatten im Jahre 1908 bereits 1 400 000 000 Mark Vermögen und ein Ein-

Kommen von rund 64 000 000 Mark. Dieses Einkommen entspricht dem Durchschnittsjahresinkommen von 64 000 Industriearbeitern. Frau Krupp brachte es in den letzten 7 Jahren auf rund 100 Millionen Mark „Verdienst“. Von einem solchen Einkommen müssen ungefähr 100 000 Familien ein Jahr lang leben. Für die Konfiszierung solcher wahnwitziger Zustände kämpfen alle bürgerlichen Parteien!

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart. Heft 11 und 15 vom 30. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart. Nummer 26 des 21. Jahrs. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk.

Der Wahre Jacob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart. (Nr. 26.) Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Südekum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Nr. 2 und 3. Vierteljährlich nur 3 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.

Die Luftschiffahrt und was man von ihrer Geschichte wissen muß. Von Ingenieur Janus. (Band 5 der „Jungen Welt“, herausgegeben von Luitpold Stern.)

Mädchenbuch von Adelheid Popp (Band 6 der „Jungen Welt“). Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien V.I. Preis 20 Heller = 20 Pfennig.

Dr. F. Teller, Zehen, Nieren und Schmeden. (Auf Vorposten im Lebenskampf, Band II). Eine Biologie der Sinnesorgane. Mit zahlreichen Farbabbildungen. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Gründliche Verlagsabhandlung, Stuttgart). Geh. 1 Mk., geb. 1,50 Mk. Dem wichtigsten unter den Sinnen des Menschen, dem Gesicht, laßt Teller in knapper und anregender Form eine erschöpfende Darstellung zu teil werden. Nieren und Schmeden, diese lebenswichtigsten Instanzen des „chemischen Untersuchungsamtes“ für den menschlichen Körper, werden entsprechend ihrer weniger komplizierten Beschaffenheit kürzer behandelt. Teller bemerkt scherzend sehr richtig: „Wenn ein Hund eine Biologie der Sinnesorgane schreiben sollte, würde zweifellos dem Geruch das längste Kapitel gewidmet sein.“ Teller hat aber natürlich den menschlichen Standpunkt gewahrt und vor allem den wunderbaren Aufbau des Auges, die interessantesten Probleme des Farbensehens, der Bildumkehrung im Auge

u. a. eingehend behandelt. Die wichtigsten wissenschaftlichen Farbentheorien der modernen Zeit, wie die von Helmholtz und Hering werden übersichtlich dargestellt, so daß aus diesem kurzen Büchlein die reichste Belehrung zu schöpfen ist. Es fehlt aber für den, der sich in die Wunderwelt der menschlichen Sinnesorgane vertieft hat, auch nicht an amüsanten Anekdoten, vom Hasen der „rückwärts“ sehen kann bis zu den Fischen, die buchstäblich „die Nase überall haben“ und mit der Haut riechen können. Die zahlreichen Abbildungen erläutern den Text auf das Beste. Das Büchlein ist die dritte Jahresveröffentlichung der Kosmos-Gesellschaft (Jahresbeitrag 4,80 Mk.), die ihren Mitgliedern neben der naturwissenschaftlichen Zeitschrift „Kosmos“ und Vergünstigungen anderer Art noch jährlich gehaltvolle naturwissenschaftliche Veröffentlichungen, wie obigen Band, kostenlos liefert. Der geringe Preis von 1 Mk. wird dem vorzüglichen Wertchen aber auch bei Nichtmitgliedern die weiteste Verbreitung sichern.

Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis gebunden 2 Mk. Das Buch gibt in übersichtlicher Darstellung ein Bild des Verbens der Reichsversicherungsordnung. Es erwähnt und behandelt die Anträge, die von sozialdemokratischer Seite gestellt wurden, und führt gleichzeitig die reaktionäre und arbeiterfeindliche Stellungnahme der bürgerlichen Parteien vor Augen. In der Reichstagswahlkampagnation wird das Buch gute Dienste leisten. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Totenliste des Verbandes.

Georg Barth, Straßburg
Straßenreiniger
† 19. 12. 1911, 60 Jahre alt.

Salome Naß, Straßburg
Keffrau (Straßenreinigung)
† 29. 12. 1911, 57 Jahre alt.

E. Wendlinger, Mülhausen i. E.
Feuerhausarbeiter
† 31. 12. 1911, 38 Jahre alt.

Diedrich Diecks, Bremen
Wagnarbeiter (Hafen-Eisenbahn)
† 1. 1. 1912, 63 Jahre alt.

E. G. Dietrich, L. Wendrich
Laternenwärter
† 1. 1. 1912, 51 Jahre alt.

Richard Janenz, Berlin
Möhrleger (30. Revierinspektion)
† 1. 1. 1912, 38 Jahre alt.

Josef Müller, Augsburg
Städtischer Fuhrknecht
† 2. 1. 1912, 35 Jahre alt.

Georg Kiefer, Nürnberg
Straßenreiniger
† 3. 1. 1912, 39 Jahre alt.

Frau Anna Höll, Gera
Städtische Arbeiterin
† 5. 1. 1912, 53 Jahre alt.

S. Rind, Landau (Rheinpfalz)
Straßenreinigungsarbeiter
† 5. 1. 1912, 71 Jahre alt.

Chre ihrem Andenken!

Filiale Karlsruhe.

Samstag, den 20. Januar, abends Punkt 12 1/2 Uhr, findet im Verbandeslokal „Zur Kronenhalle“ unsere diesjährige

Ordentl. General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:
1. Geschäfts- und Massenbericht.
2. Neuwahl des gesamten Filialvorstandes und der Revisoren.
3. Beratung der eingelaufenen Anträge.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht. Nur Mitglieder haben Zutritt und gilt das Verbandsbuch als Legitimation.

Der Filialvorstand.

Geschäftsführer gesucht!

Infolge Weggangs des Geschäftsführers wird für die Filiale Frankfurt a. M.

ein tüchtiger Geschäftsführer

gesucht. Derselbe muß in der Führung der Filialgeschäfte bewandert und zur Entfaltung und Leitung der Agitation befähigt sein sowie die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Eintritt möglichst sofort. Das erste Vierteljahr gilt als Probezeit. Die Anstellung erfolgt mit 2000 Mk., steigend jährlich um 100 Mk. bis zu 2200 Mk. Bei besonders geeigneter Kraft oder schon länger tätigen Kollegen wird auch höheres Gehalt gewährt.

Beverteilungen sind mit Lebenslauf und Angaben über die bisherige Tätigkeit in unserem Verbands sowie der Arbeiterbewegung überhaupt und mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, bis zum Montag, den 22. Januar, an den Kollegen Wilhelm Feubtner, Frankfurt a. M., Gerbermühlstraße 28 III, zu richten.

Die Anstellungskommission.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeindefreie und Staatsarbeiter 68. Hermann, Berantwärtlicher Redakteur Emil Zittmer, beide Berlin W. 57, Winterfeldtstr. 4. Druck: Konrad Buchdruckerei und Verlagsamt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

**Verband der Staatsarbeiter
Filiale Bremen**

Donnabend, den 20. Januar 1912

Gr. Winterfest

bestehend in

Konzert, Aufführungen, Verlosung, Preisschießen u. Ball
im „Casino“, Auf den Häfen

Theater-Aufführung.

Zur Aufführung gelangen:

„Das Versprechen hinterm Herd“
und

„Jochem Pösel, wat blüft für Esel“

Mitwirkende: Mitglieder des Schiller-Theaters unter persönlicher Leitung des Herrn Direktor Emil Evrad.

Am 12 Uhr: Große Blumenpolonäse.

2 Musikkapellen.

Herren- Inkl. Damenkarte 50 Pf., einzelne Damenkarte 20 Pf.
Anfang 8 Uhr. Ende 5 Uhr.

Hierzu ladet freundlich ein

Das Festkomitee.